



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 8

August 1964

Blick auf morgen: Der „feste Kern“ der Erwerbsbevölkerung

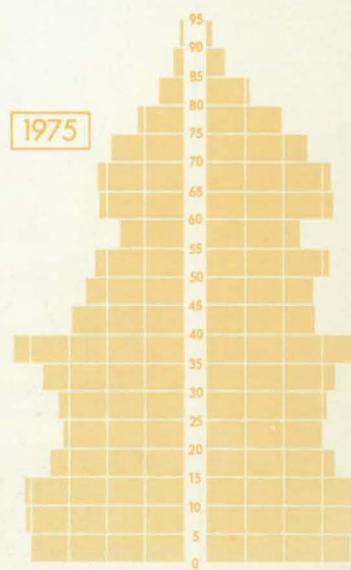
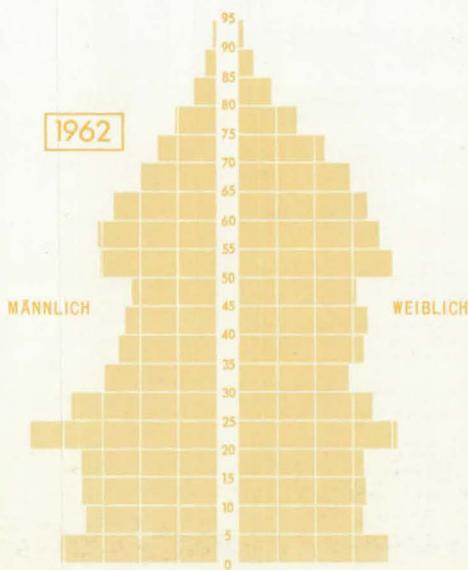
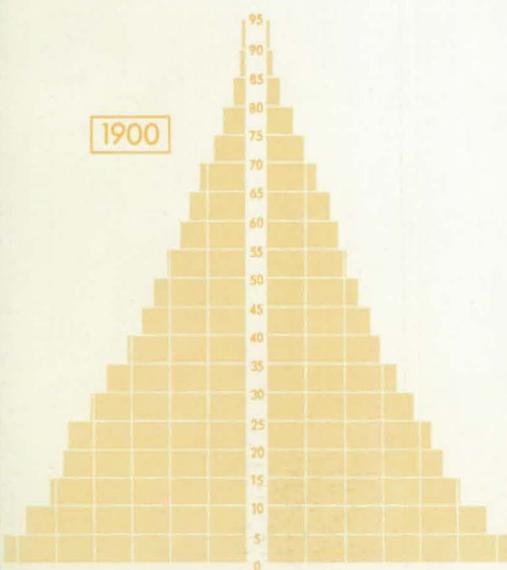
Grafik des Monats: Schichtung der Einkommen 1961

Aufsätze: Pendler 1961  
Personal der öffentlichen Verwaltung  
Erzeugung wichtiger Baustoffe  
Mühlengewerbe

**23** Umsätze der Freien Berufe 1962

Kurzberichte: Schulentlassungen

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel



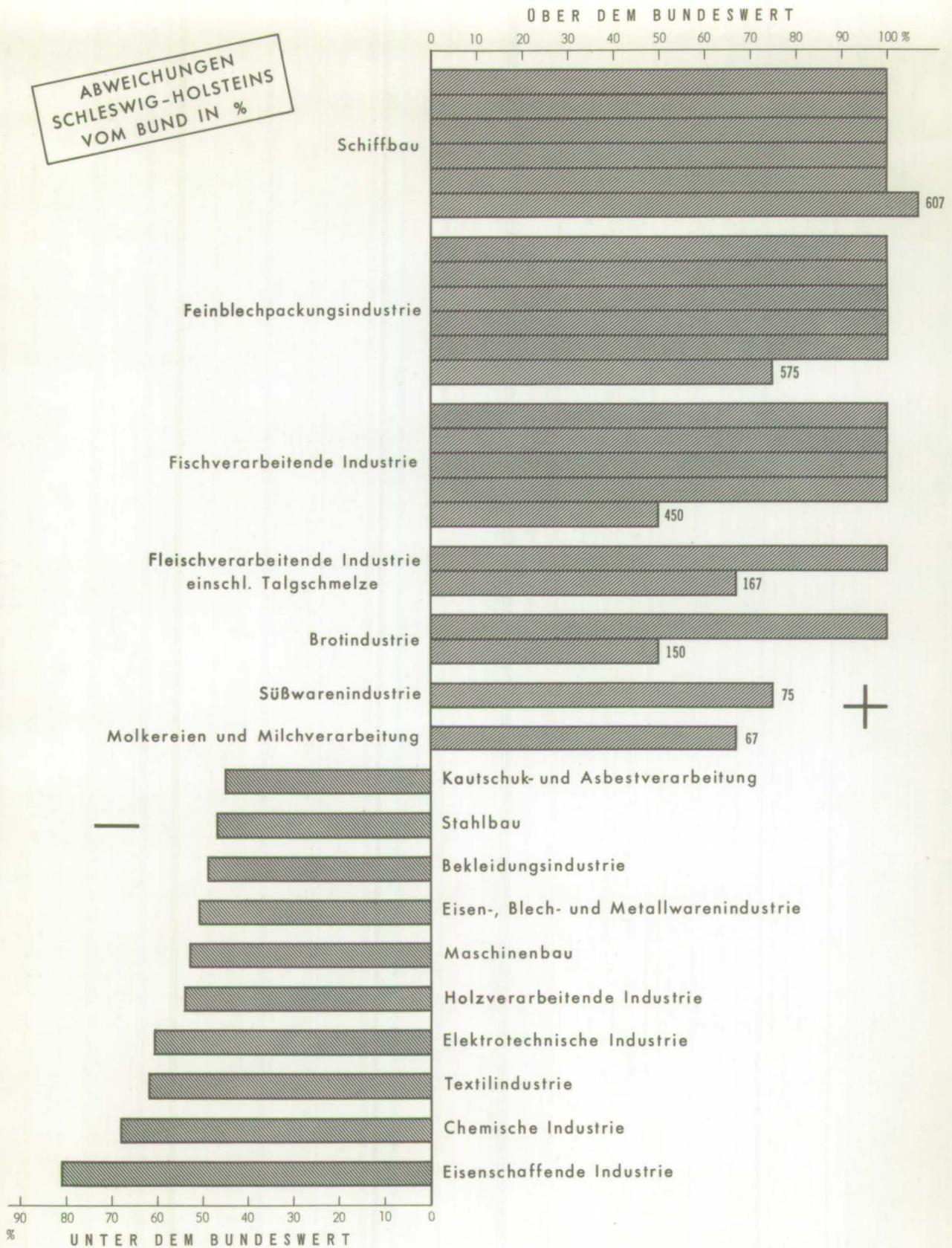
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# UNTERSCHIEDE DER INDUSTRIELLEN STRUKTUR ZWISCHEN LAND UND BUND

Beschäftigte je 1000 Einwohner am 30. 9. 1963

ABWEICHUNGEN  
SCHLESWIG-HOLSTEINS  
VOM BUND IN %





# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 8

August 1964

## Aktuelle Auslese



### WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM EINKLANG MIT DEM BUND

Schleswig-Holstein hat – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – im vergangenen Jahr mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Bundes Schritt gehalten. Beachtlich stärker ist das Bruttoinlandsprodukt in den Ländern Rheinland-Pfalz und Bayern angewachsen. Bremen, Berlin(West) und auch Nordrhein-Westfalen blieben dagegen nennenswert hinter dem Bundesdurchschnitt zurück.

Das Bruttoinlandsprodukt 1963

– erste vorläufige Ergebnisse –

	Mrd. DM	Zunahme gegenüber 1962 in %
Schleswig-Holstein	13,0	6,3
Hamburg	20,9	5,7
Niedersachsen	39,1	6,3
Bremen	5,9	4,8
Nordrhein-Westfalen	113,4	5,5
Hessen	33,5	6,9
Rheinland-Pfalz	18,0	8,6
Baden-Württemberg	54,6	5,8
Bayern	57,6	7,2
Saarland	6,3	6,2
Berlin (West)	14,7	5,0
Bundesgebiet	377,1	6,2

### 30 EINKOMMENMILLIONÄRE



Nach der Einkommensteuerstatistik gab es 1961 in Schleswig-Holstein 30 Einkommensmillionäre. Im Jahre 1957 waren es 15 gewesen und 1954 nur 4. Ihr veranlagtes Einkommen belief sich im Durchschnitt auf 2,6 Mill. DM. Das Einkommen floß ihnen fast ausschließlich aus ihrer Unternehmertätigkeit und in geringem

Umfang aus der Anlage ihres Vermögens in Aktien, Beteiligungen u. a. zu.

### GUTE ENTWICKLUNG DES BAUSPARENS



Im Jahre 1963 wurden in Schleswig-Holstein 28 300 Bausparverträge abgeschlossen, das sind ein Viertel mehr als 1962. Die Vertragssumme, die sich auf 507 Mill. DM stellte, war sogar um drei Zehntel höher. Dadurch erhöhte sich die durchschnittliche Vertragssumme von 17 200 DM auf 17 900 DM. Im Bundesdurchschnitt betrug sie 19 900 DM.

### WEITERER ANSTIEG DER STRASSENVERKEHRsunFÄLLE



In den ersten sechs Monaten des Jahres 1964 wurden in Schleswig-Holstein bei 5 709 Unfällen mit Personenschaden 273 Personen getötet und 7 616 verletzt. Das ist die bisher höchste Zahl an Verunglückten in der ersten Hälfte eines Jahres. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1963 stieg die Zahl der Unfälle um 5 %, die der Getöteten um 15. % und die der Verletzten um 7 %. Der Rückgang der Zahl der Unfälle und der Verunglückten, der erstmalig im ersten Halbjahr 1963 gegenüber 1962 festzustellen war, hat sich nicht wiederholt. Er wurde durch die starke Zunahme im ersten Halbjahr 1964 ausgeglichen; die Zahl der Verunglückten überschritt sogar den Stand vom ersten Halbjahr 1962.

### ERTEILTE UND ENTZOGENE FÜHRERSCHEINE



Nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes wurden 1963 in Schleswig-Holstein 63 349 Führerscheine erteilt, 9 201 weniger als 1962. An diesen Führerscheinen waren die Frauen mit 22 % beteiligt. Die meisten Führerscheine, nämlich 41 462 (65 %), wurden für Fahrzeuge der Klasse 3 (vorwiegend Pkw) ausgegeben. – Von den 3 360 entzogenen Führerscheinen mußten 78 % wegen Trunkenheit am Steuer abgegeben werden.

# Blick auf morgen

## Der "feste Kern" der Erwerbsbevölkerung

Anfang 1964 hatte Schleswig-Holstein 2,38 Mill. Einwohner, bis 1970 wird diese Zahl voraussichtlich auf 2,44 Mill. geklettert sein. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, dazu wurden hier die 20- bis 64jährigen Männer und die 20- bis 59jährigen Frauen gezählt, umfaßt gegenwärtig 1,31 Mill. Menschen. In dieser Zahl sind rund 11 000 ausländische Arbeitnehmer enthalten sowie ungefähr 74 000 Berufstätige, die in Hamburg arbeiten und die nicht durch Berufspendler aus Hamburg ersetzt werden. Da für Schleswig-Holstein weiterhin kein echter Wanderungsgewinn, der als wirtschaftlich relevanten Arbeitskraftgewinn angesehen werden kann, zu erwarten ist, muß das Land weitgehend vom "eigenen Bestand" leben. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache wird es 1970 in Schleswig-Holstein voraussichtlich 1,28 Mill. Menschen im Erwerbsalter geben, 2 % weniger als 1964.

Während sich die Einwohnerzahl im erwerbsfähigen Alter mit relativ großer Sicherheit vorausberechnen läßt, ist es wesentlich problematischer, den Bevölkerungsteil vorauszuschätzen, der tatsächlich aktiv am Produktionsprozeß teilnehmen wird. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß es Bevölkerungsteile gibt, mit deren Arbeitskraft man – gleichsam als einem festen Kern – unabhängig von Augenblickseinflüssen und zeitbedingten Strömungen ständig rechnen kann. Zum festesten Teil dieses Kerns gehört dabei die Gruppe der 20- bis 59jährigen Männer, von denen 95 % zur echten Erwerbsbevölkerung gezählt werden können. In Schleswig-Holstein gibt es gegenwärtig rund 590 000 Männer in diesem Alter, 1970 werden es voraussichtlich 586 000 sein. Hinter dieser Bevölkerung stehen somit 561 000 (1964) und 556 000 (1970) Erwerbspersonen. Die folgende Altersgruppe, die der 60- bis 64jährigen Männer, ist nicht mehr ganz so verlässlich. Von den Männern dieses Alters gehören nämlich nicht mehr 95 %, sondern nur noch schätzungsweise 70 % zu den "sicheren Erwerbspersonen". Das bedeutet, daß es 1970 gut 45 000 männliche Erwerbspersonen von 60 bis 64 Jahren geben wird, einige Hundert mehr als 1964. Nimmt man die 20- bis 59jährigen und die 60- bis 64jährigen zusammen, so ergibt sich, daß von der männlichen Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren 1970 602 000 Erwerbspersonen sein werden. 1964 stellte sich diese Zahl auf 605 000. Dieser Rückgang von 1964

bis 1970 (- 0,6 %) wird – wenn man an die Arbeitsproduktivität denkt – durch eine günstige Altersverschiebung innerhalb dieser Altersgruppe aufgewogen werden. Die Zahl der jüngeren erwerbsfähigen Männer von 25 bis 44 Jahren wird sich nämlich beachtlich erhöhen (+ 19 %).

Einen so festen und großen Kern von Erwerbspersonen, wie er bei der männlichen Bevölkerung vorhanden ist, gibt es bei den Frauen nicht; denn die verheirateten Frauen – 1961 waren 69 % aller 20- bis 59jährigen verheiratet – sind in der Wahl, ob sie arbeiten wollen oder nicht, freier als die Alleinstehenden. Ein solch elastisches Angebot an Arbeitskräften ist aber kaum und auf lange Sicht schon gar nicht zu fassen. Der feste Kern der weiblichen Erwerbspersonen setzt sich vorwiegend aus den Frauen zusammen, die selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen müssen. 1961 waren 27 % der 30- bis 59jährigen Frauen nicht verheiratet. Dieser Anteil paßt zu dem bisherigen Erfahrungswert, daß rund 30 % der Frauen in diesem Alter erwerbstätig sein müssen. 1970 wird der Anteil der Unverheirateten dieser Altersspanne – trotz veränderter Bevölkerungsstruktur und verbesserter Heiratschancen – schätzungsweise immer noch zwischen 25 % und 26 % liegen. Daraus läßt sich schließen, daß 30 % dieser Frauen als fester Kern der Erwerbstätigkeit erhalten bleiben wird. Das Angebot an voll im Erwerbsleben stehenden Frauen im Alter von 30 bis 59 Jahren wird unter dieser Voraussetzung 1970 139 000 Frauen betragen gegenüber 141 000 im Jahre 1964.

Völlig hypothetisch sind alle Vorausschätzungen über den Anteil der Erwerbspersonen im Alter von 65 und mehr Jahren (bei den Frauen 60 und mehr Jahre). Auch hierbei handelt es sich um Personen, die nur in Ausnahmefällen gezwungen sind, noch einen Beruf auszuüben. – Jugendliche unter 20 Jahren sollten überhaupt nicht zu den Erwerbspersonen gerechnet werden; denn sie stehen zum größten Teil in irgendeiner Form in der Ausbildung. Knapp ein Drittel der 15- bis 19jährigen besuchte in den vergangenen Jahren eine Vollzeitschule oder studierte und kam – von wenigen Ausnahmen (z. B. Ferienarbeit) abgesehen – überhaupt noch nicht mit dem Berufsleben in Berührung. Dieser Anteil von nicht ganz einem Drittel hat sich als recht stabil erwiesen. Er wird sich selbst durch eventuell geplante Reformen (z. B. größere Ausschöpfung der Begabungsreserven) nur langsam im Zeitablauf verändern.

## Aus dem Inhalt

### Pendler 1961

Seite 188

Am Stichtag der Volkszählung 1961 waren 234 000 schleswig-holsteinische Erwerbstätige nicht in ihrer Wohngemeinde tätig. Hinzu kamen noch 41 000 Schüler und Studierende, deren Ausbildungsstätten in einer anderen Gemeinde lagen. Das bedeutet, daß damals 24 % aller Erwerbstätigen und 13 % aller Schüler und Studierenden einen

großen Teil des Tages außerhalb ihrer Heimatgemeinde verbrachten und zu den Pendlern zählten. – Von 100 männlichen Berufstätigen arbeiteten 1961 27, von 100 weiblichen 18 nicht an ihrem Wohnort. Der Anteil der Berufspendler nahm mit steigendem Alter ab. Die meisten Auspendler (58 %) gehörten dem produzierenden Gewerbe an; am niedrigsten war der Anteil der Pendler in der Land- und Forstwirtschaft. – Der stärkste wirtschaftliche Anzie-

hungspunkt für die schleswig-holsteinischen Pendler liegt außerhalb des Landes: 70 000 Berufstätige fuhren 1961 täglich nach Hamburg. Nach Schleswig-Holstein strömten dagegen nur 7 000 Erwerbstätige ein, die meisten aus Hamburg. Nur wenige pendelten aus unserem Land nach Niedersachsen und Dänemark. – Neben Hamburg ziehen vor allem die kreisfreien Städte Pendler an. Den stärksten Zustrom an Erwerbspersonen hatte 1961 Kiel mit 20 000. – Für die auspendelnden Schüler und Studierenden war das Fahrrad das wichtigste Verkehrsmittel. Bei den auspendelnden Erwerbspersonen spielten Fahrrad, Eisenbahn, Omnibus und Personenkraftwagen eine fast gleichrangige Rolle. – Mit 24 % aller Erwerbstätigen entsprach der Anteil der Auspendler aus schleswig-holsteinischen Gemeinden dem Bundesdurchschnitt. Die Werte streuten im Bund – wenn von den Stadtstaaten Hamburg und Bremen abgesehen wird, aus denen verständlicherweise nur wenige auspendeln – von 22 % (Bayern) bis 47 % (Saarland).

## Personal der öffentlichen Verwaltung Seite 192

Anfang Oktober 1963 waren in Schleswig-Holstein gut 138 000 Personen bei Bundes-, Landes- und kommunalen Behörden tätig. Von diesen Bediensteten entfielen 40 % auf den Bund, 30 % auf das Land und 29 % auf Gemeinden und Gemeindeverbände. Werden von den 138 000 die Teilbeschäftigten sowie die Beschäftigten bei Sparkassen und wirtschaftlichen Unternehmen abgezogen, so bleiben noch 120 000 Bedienstete, von denen knapp 50 000 Beamte und Richter, knapp 36 000 Angestellte und knapp 35 000 Arbeiter waren. Die Bundesdienststellen haben sich in den letzten Jahren personell am stärksten ausgeweitet. Die Zahl ihrer Bediensteten erhöhte sich gegenüber 1960 um rund 11 %. – Rund 40 000 Bedienstete gehörten zur Landesverwaltung. Von den fast 36 000 Beamten und Angestellten des Landes waren mehr als ein Drittel im Schulwesen tätig, 14 % gehörten zur Polizei. Ein großer Teil der 4 066 Arbeiter des Landes war in den Straßen- und Marschenbauämtern sowie in den Landeskrankenhäusern und Universitätskliniken tätig. – Die kommunalen Gebietskörperschaften beschäftigten 25 780 Beamte, Angestellte und Arbeiter. Die Aufgabenbereiche mit den meisten Beamten und Angestellten waren dabei Gesundheitspflege und soziale Angelegenheiten. – Der Anteil der teilbeschäftigten Bediensteten in Schleswig-Holstein an allen Bediensteten – ohne wirtschaftliche Unternehmen und Sparkassen –, der 1960 7 % betragen hatte, machte 1963 9 % aus.

## Erzeugung wichtiger Baustoffe Seite 200

Der Industriezweig Steine und Erden ist einer der maßgeblichen Vorlieferanten für das Baugewerbe. Er beschäftigte im Jahresdurchschnitt 1963 in Schleswig-Holstein rund 8 100 Personen. Der Umsatz machte 372 Mill. DM aus. Zu den Betrieben, die Baustoffe produzieren, gehören u. a. die Zementfabriken, Ziegeleien, Kalksandsteinwerke und Betonsteinwerke. – Die Zementerzeugung in Schleswig-Holstein stieg von 1,4 Mill. t im Jahre 1958 auf 1,8 Mill. t im Jahre 1963. In diesem Zeitraum erhöhte sich die Produktionsmenge um knapp ein Drittel. Die Produktion von kohlenstoffreichem Kalk ist 1963 gegenüber 1958 um 15 % zurückgegangen. Die Produktion belief sich 1963 noch auf 54 000 t. Die schleswig-holsteinischen Ziegeleien fertigten sowohl 1958 als auch 1963 Mauersteine in einer Menge, die für die Herstellung von 388 000 cbm Mauerwerk ausreichte. Dazwischen – nämlich von 1959 bis 1961 – hatte sich die Ziegelproduktion kräftig ausgedehnt, war dann aber

1962 wieder auf den Stand von 1958 zurückgefallen. Die produzierte Menge an Kalksandsteinen war in Schleswig-Holstein ungefähr dreimal so groß wie die von Mauerziegeln. Unter der Bezeichnung Betonsteinerzeugnisse verbirgt sich eine vielfältige Produktion. Ein bedeutender Teil davon ist die Herstellung von Betonsteinerzeugnissen für den Tief- und Straßenbau. Die Produktion dieser Erzeugnisse hatte von 1958 bis 1963 erheblich zugenommen (+ 186 %). Die Verarbeitung von Trümmerschutt zu brauchbaren Baustoffen ist immer mehr zurückgegangen.

## Mühlengewerbe Seite 203

Ende Mai 1963 gab es in Schleswig-Holstein etwa 330 Mühlen mit rund 2 600 Beschäftigten. Seit 1956 ist die Zahl der Mühlenbetriebe um ein Drittel zurückgegangen, der Rückgang der Beschäftigten-Zahl war demgegenüber nur gering. Die Umsätze stiegen von 1956 bis 1963 um mehr als ein Drittel und machten 1963 über 400 Mill. DM aus. Auch heute noch sind die handwerklichen Mühlenbetriebe häufiger vertreten als die industriellen Mühlen. Wenn man die jährlichen Umsatzleistungen der handwerklichen Mühlenbetriebe denen der industriellen Mühlen gegenüberstellt, ergab sich 1963 ein durchschnittlicher Jahresumsatz eines Müllers von 644 000 DM, die Mühlenindustrie kam dagegen auf einen Jahresumsatz von 12,7 Mill. DM. An der Umsatzleistung der Müller waren dabei die Handelsumsätze mit etwa zwei Dritteln beteiligt, in der Mühlenindustrie lag dagegen das Schwergewicht auf der Produktion.

## Umsätze der Freien Berufe 1962 Seite 205

Die weitaus größte Anzahl von freiberuflich Tätigen gibt es in Schleswig-Holstein im Gesundheitswesen. Die Ärzte, die unter ihnen am stärksten vertreten sind, hatten 1962 einen durchschnittlichen Umsatz je Steuerpflichtigen von 71 000 DM. Übertrafen wurden sie von den Tierärzten mit einem durchschnittlichen Umsatz von 72 000 DM. Die Zahnärzte mußten sich dagegen mit 64 000 DM begnügen. Die Durchschnittsumsätze des freiberuflichen Gesundheitswesens nahmen sich jedoch neben denen der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater recht bescheiden aus. Die Durchschnittsleistungen dieser Gruppe beliefen sich 1962 auf 164 000 DM, waren also mehr als doppelt so hoch wie die der Ärzte. Auch die Durchschnittsumsätze der Architekten und Bauingenieure (99 000 DM) sowie der Rechtsanwälte und Notare (84 000 DM) lagen nicht unbeträchtlich über den entsprechenden Werten des Gesundheitswesens. – Die Gegenüberstellung der Durchschnittsumsätze der Freien Berufe in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet zeigt, daß die Rangfolge im wesentlichen gleich ist, nur mit dem Unterschied, daß im Bundesgebiet die Tierärzte die letzte Stelle einnehmen und in Schleswig-Holstein die Zahnärzte.

## Schulentlassungen Seite 208

Es konnte festgestellt werden, daß im Frühjahr 1963 von den Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein 8 % das Abitur, 23 % einen mittleren Abschluß, 45 % Volksschulabschluß und 24 % weniger als Volksschulabschluß aufzuweisen hatten. Jungen und Mädchen erreichten einen unterschiedlichen Ausbildungsgrad. Es gibt mehr Jungen als Mädchen mit Abitur, es gibt aber auch mehr Jungen als Mädchen, die ohne Volksschulabschluß ins Erwerbsleben eintreten.

# Die Pendler unter den Erwerbstätigen, Schülern und Studierenden

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 6. Juni 1961

Täglich verlassen 234 000 schleswig-holsteinische Erwerbstätige und 41 000 Schüler und Studierende ihren Wohnort und suchen zu Fuß oder mit einem öffentlichen oder privaten Verkehrsmittel ihren Arbeits- oder Ausbildungsort auf. Damit verbringen 24% aller Erwerbstätigen und 13% aller Schüler und Studierenden einen großen Teil des Tages außerhalb ihrer Heimatgemeinde.

Daß so zahlreiche erwerbstätige Schleswig-Holsteiner in einer anderen als ihrer Wohn-gemeinde arbeiten, hat viele Ursachen. Die wichtigste liegt in der Entwicklung begründet, die die Wirtschaft unseres Landes in den letzten einhundert Jahren genommen hat. Mit der Industrialisierung entstanden Handels- und Gewerbezentren, die auf die Bevölkerung der umliegenden Gemeinden eine starke Anziehungskraft ausüben. Im Zuge ihrer Freistellung aus der Landwirtschaft nahmen, angezogen durch günstigere Arbeitsbedingungen und bessere Löhne, immer mehr Arbeiter in den Städten eine Beschäftigung auf. Die rasche Zunahme der Verkehrsmittel, insbesondere der privaten Kraftfahrzeuge, förderte diese Entwicklung und ermöglichte es den Landbewohnern gleichzeitig, ihren Wohnort beizubehalten. Auch durch die Ereignisse des letzten Krieges ist mancher Erwerbstätige zum Pendler geworden, z. B. die Evakuierten aus den zerstörten Städten, die in einer anderen Gemeinde ständig Wohnsitz genommen, jedoch den alten Arbeitsplatz beibehalten haben. Die Aufgabe, die Vertriebenen und Flüchtlinge unterzubringen und zu ernähren, war vordringlicher zu lösen als das Problem, sie an ihrem neuen Wohnort im erlernten Beruf zu beschäftigen. Unter den Vertriebenen und Flüchtlingen finden sich daher mehr Pendler als unter der übrigen Bevölkerung. Nicht zuletzt ist das stärkere Streben nach einem qualifizierteren Beruf als Ursache dafür anzusehen, daß viele auf dem Land wohnende Jugendliche in der nahen Stadt arbeiten; denn oft bietet nur sie den ihrem Berufsziel gemäßen Arbeitsplatz. An Bedeutung gewonnen hat in jüngster Zeit ein anderer Grund: der Wunsch des Städters nach einem Heim im Grünen, der sich meist nur in einer Nachbargemeinde verwirklichen läßt. Das mit dem Eigenheim am Rande der Stadt verbundene "Wohlstandspendeln" läßt sich am Anteil der Selbständigen<sup>1</sup> unter den Pendlern nach-

weisen. Im Durchschnitt aller Gemeinden unseres Landes sind 2% der einpendelnden Berufstätigen Selbständige; unter den Einpendlern Kiels, die aus den unmittelbar an die Stadt grenzenden Gemeinden stammen, befinden sich dagegen im Durchschnitt 4% Selbständige, wobei z. B. aus Molfsee sogar 14% kommen.

Das Pendeln in der hier gebrauchten Definition setzt das Überschreiten einer Gemeindegrenze voraus. Daher ist sein Ausmaß auch von der regionalen Gliederung des Landes abhängig. Die Pendlerzahl des Kreises Eutin mit seinen wenigen Großgemeinden kann folglich nicht ohne weiteres mit der des viele kleine Gemeinden umfassenden Kreises Flensburg-Land verglichen werden. Hieraus folgt auch, daß das Pendeln nicht unbedingt lange Wegstrecken voraussetzt. Andererseits denke man an die Verhältnisse in einer Großstadt, wo häufig größere Entfernungen zwischen den Stadtteilen zurückgelegt werden müssen, ohne daß dadurch die Erwerbstätigen zu Pendlern werden.

Die seit 1950 in fast allen Bereichen der Wirtschaft eingetretene Strukturwandlung hat die Zahl der außerhalb ihrer Wohn-gemeinde Tätigen um 69% anschnellen lassen. Für die Männer ergibt sich ein Zuwachs um 55%, für die Frauen ein solcher um 120%. 1961 arbeitete schon jeder vierte Erwerbstätige nicht an seinem Wohnort, 1950 erst jeder sechste. Der Anteil der Pendler unter den erwerbstätigen Frauen nahm stärker zu als der unter den Männern:

	Auspendler in % der		
	gesamten	männlichen	weiblichen
	Erwerbstätigen		
1950	16	19	10
1961	24	27	18

73% der erwerbstätigen Auspendler sind Männer. Von 100 männlichen Berufstätigen arbeiten 27, von 100 weiblichen 18 nicht an ihrem Wohnort. Der Anteil der Berufspendler nimmt mit steigendem Alter ab. Gehört von den Erwerbstätigen bis 24 Jahre noch jeder dritte zu den Pendlern, so von den 25 und mehr Jahre Alten nur noch jeder fünfte.

Die meisten Auspendler (58%) gehören dem Produzierenden Gewerbe an. Damit arbeitet jede dritte Erwerbsperson dieses Wirtschaftsbereichs außerhalb ihrer schleswig-holsteinischen Wohn-gemeinde. Mit 46% am höchsten

1) einschl. Mithelfender Familienangehöriger

ist der Anteil der Pendler unter den Beschäftigten im Baugewerbe. Von den Erwerbspersonen des Verarbeitenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) übt jeder dritte seinen Beruf in einer auswärtigen Gemeinde aus, und in der ebenfalls zum Produzierenden Gewerbe gehörenden Wirtschaftsabteilung Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau pendelt jede vierte Erwerbsperson täglich zwischen Wohn- und Arbeitsgemeinde.

Die zweithöchste Auspendlerquote weist der Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr mit 24% aller Erwerbspersonen auf. Im Handel gehören 23% und in der Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung 27% zu den Pendlern.

Von den Erwerbspersonen des Dienstleistungsbereichs geht jede fünfte täglich in einer fremden Gemeinde ihrer Tätigkeit nach. Die Auspendlerquote streut in den zugehörigen vier Abteilungen von 11% bis zu 30%. Sie beträgt für die Abteilung Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte 11, für die Dienstleistungen 16, für Gebietskörperschaften und Sozialversicherung 23 und für Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe 30%.

Am niedrigsten ist der Anteil der Pendler in der Land- und Forstwirtschaft. Das liegt im wesentlichen daran, daß mehr als zwei Drittel aller Erwerbspersonen in der Landwirtschaft Selbständige oder Mithelfende Familienangehörige sind. Von dem restlichen Drittel, den abhängigen Arbeitskräften, ist zudem noch ein Teil auf dem Gehöft oder in seiner Nähe untergebracht.

Der stärkste wirtschaftliche Anziehungspunkt für die schleswig-holsteinischen Pendler liegt außerhalb unseres Landes: 70 000 Berufstätige fahren täglich nach Hamburg. Nach Schleswig-Holstein strömen dagegen nur 7 000 Erwerbstätige ein, die meisten aus Hamburg. Nur wenige pendeln aus unserem Land nach Niedersachsen und Dänemark. Schleswig-Holstein gibt damit

effektiv 63 000 Arbeitskräfte ab. 30 000 gehen einer Tätigkeit im Produzierenden Gewerbe nach, 19 000 einer in Handel und Verkehr, und 13 000 sind im Bereich der Dienstleistungen tätig.

Neben Hamburg ziehen vor allem die kreisfreien Städte Pendler an. Um 38 000 (13%) übertrifft die Zahl der dort arbeitenden die der ansässigen Erwerbspersonen. Der höchste Gewinn entfällt auch hier mit 23 000 Berufstätigen auf das Produzierende Gewerbe. Im Handel und Verkehr vergrößert sich die Zahl der Arbeitskräfte um 8 000 und bei den Dienstleistungen um 7 000. Den stärksten Zuwachs an Erwerbspersonen erfährt Kiel mit 20 000 (18%). Dem relativen Zuwachs nach folgt Flensburg mit 15% vor Neumünster mit 12% und Lübeck mit 9%.

Die an der Peripherie Hamburgs und der kreisfreien Städte liegenden Kreise erleiden dementsprechend hohe Einbußen an Erwerbspersonen. So wohnen von den 70 000 Auspendlern nach Hamburg allein 62 000 oder neun Zehntel in den angrenzenden Kreisen Pinneberg (28 000), Stormarn (25 000) und Hztg. Lauenburg (10 000). Die 23 000 Einpendler Kiels stammen fast ausnahmslos aus den anliegenden Kreisen Plön (12 000), Rendsburg (8 000) und Eckernförde (3 000).

Der auf die ansässigen Erwerbspersonen der Kreise bezogene Auspendlerüberschuß reicht im Umland der fünf Städte von 12% (Kreis Rendsburg) bis 33% (Kreis Stormarn). Dagegen weisen die zu den wirtschaftlichen Zentren weniger verkehrsgünstig gelegenen Kreise nur einen geringen Pendlersaldo auf. Es sind dies neben Schleswig, Oldenburg (Holstein) und Steinburg alle Westküstenkreise.

Daß keineswegs nur die kreisfreien Städte einen Gewinn aus der Pendelwanderung ziehen, zeigt die folgende Gegenüberstellung. In ihr sind die zehn Gemeinden mit dem höchsten absoluten Pendlergewinn und die zehn Gemeinden mit

Die 10 Gemeinden mit dem höchsten (absoluten) Pendlergewinn bzw. -verlust

Gemeinde	Pendlergewinn <sup>1</sup>		Gemeinde	Pendlerverlust <sup>1</sup>	
	absolut	in % der ansässigen Erwerbspersonen (Rangfolge)		absolut	in % der ansässigen Erwerbspersonen (Rangfolge)
Kiel	20 162	18 (7)	Ahrensburg	3 289	33 (8)
Lübeck	8 814	9 (10)	Wedel	2 747	24 (9)
Flensburg	5 635	15 (8)	Garstedt	2 614	43 (5)
Rendsburg	4 589	32 (3)	Bad Schwartau	2 525	39 (7)
Neumünster	3 760	12 (9)	Stackelsdorf	2 205	53 (1)
Itzehoe	3 289	22 (5)	Harksheide	2 103	43 (4)
Husum	2 220	26 (4)	Reinbek	2 033	41 (6)
Heide	1 630	20 (6)	Ratekau	2 028	52 (2)
Hemmingstedt	1 580	303 (1)	Kronshagen	2 015	49 (3)
Kappeln	1 522	78 (2)	Geesthacht	1 956	21 (10)

1) das ist der Saldo aus ein- und auspendelnden Erwerbstätigen

dem höchsten absoluten Pendlerverlust aufgeführt, und der jeweilige Saldo ist zu den in der betreffenden Gemeinde wohnhaften Erwerbspersonen in Beziehung gesetzt.

Der absoluten Höhe des Pendlergewinns nach stehen die vier kreisfreien Städte an der Spitze; lediglich Neumünster nimmt nach Rendsburg erst die fünfte Stelle ein. Die Rangfolge wird nicht zuletzt durch die Größe der Gemeinden bestimmt. Werden die Einpendlergewinne auf die in den Gemeinden ansässigen Erwerbspersonen bezogen, so finden sich die kreisfreien Städte am Schluß der zehn ausgewählten Orte. An erster Stelle steht nun Hemmingstedt mit 303% vor Kappeln mit 78%. Das sind von den in diese Betrachtung einbezogenen Gemeinden die beiden mit dem geringsten absoluten Pendlergewinn. In Hemmingstedt hat sich das Arbeitspotential vervierfacht, in Kappeln fast verdoppelt. In beiden Fällen sind es nur einzelne Großbetriebe, die so viele auswärtige Arbeitskräfte anlocken. In Lübeck beträgt der Pendlergewinn dagegen nur 9% der dort wohnenden Erwerbspersonen. Diese Anteile zeigen deutlicher als die absoluten Zahlen die Abhängigkeit der Einpendlerzentren von dem Arbeitskräftereservoir der umliegenden Gemeinden.

Ähnliche Verschiebungen der Reihenfolge werden sichtbar, wenn man den absoluten die relativen Pendlerverluste gegenüberstellt. Die stark nach Hamburg orientierten Gemeinden Ahrensburg und Wedel geben von den zehn aufgeführten Gemeinden per Saldo, also nach Abzug der Einpendler, die meisten Erwerbstätigen ab. Dennoch büßen sie nur ein Drittel bzw. ein Viertel ihrer Erwerbspersonen ein. Die relativ höchsten Verluste weisen die an Lübeck grenzenden Gemeinden Stockelsdorf und Ratekau mit 53 bzw. 52% und die Kieler Umlandgemeinde Kronshagen mit 49% der ansässigen Erwerbspersonen auf.

### Wichtigste Verkehrsmittel der Pendler

Die Pendler hatten wie alle Erwerbstätigen und alle Schüler und Studierenden in der Haushaltsliste anzugeben, auf welche Weise sie im Juni 1961 in der Regel die größte Strecke des Arbeits- oder Schulweges zurücklegten, z. B. mit der Straßenbahn, dem Motorrad oder zu Fuß. Es ist somit nur das vorwiegend benutzte Verkehrsmittel erfragt worden. In vielen Fällen bedienen sich die Pendler aber mehr als eines Verkehrsmittels. Manche fahren z. B. mit dem Moped zum Bahnhof, steigen dort in den Zug und gelangen anschließend mit der Straßenbahn an ihre Arbeitsstelle.

Von den 214 000 auspendelnden Erwerbstätigen, die in diese spezielle Untersuchung einbezogen wurden (91% aller Berufspendler), wurden fünf Verkehrsmittel besonders häufig genannt. Es sind dies in der Reihenfolge ihrer Bedeutung: Fahrrad (20%), Eisenbahn (19%), Omnibus (19%), Personenkraftwagen (18%) und Motorrad, Motorroller und Moped (13%). Neun Zehntel aller schleswig-holsteinischen Berufspendler gaben diese Verkehrsmittel als wichtigste an.

Für die in die Untersuchung einbezogenen 40 000 auspendelnden Schüler und Studierenden (96% der Gesamtzahl) ist das Fahrrad das wichtigste Verkehrsmittel. 35% radeln täglich an ihren Ausbildungsort. Zu Fuß gelangen 12% dorthin. Insgesamt bewegt sich damit fast die Hälfte überwiegend durch eigene Kraft zur Schule oder Universität. Den Omnibus benutzen 24%, die Eisenbahn 23% als Hauptverkehrsmittel. Der für die Berufspendler so wichtige Personenkraftwagen sowie das Motorrad haben für die Schüler und Studierenden wegen ihres Alters und der fehlenden Mittel naturgemäß nur eine untergeordnete Bedeutung.

Welche Verkehrsmittel die Auspendler einer Gemeinde hauptsächlich benutzen, hängt wesent-

Auspender nach dem benutzten Verkehrsmittel<sup>1)</sup>

Verkehrsmittel	Auspender insgesamt		davon			
			Berufspendler		Schüler und Studierende	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Eisenbahn	50 485	19,9	41 354	19,4	9 131	23,0
Straßenbahn	3 589	1,4	3 263	1,5	326	0,8
S - Bahn	6 746	2,7	6 065	2,8	681	1,7
U - Bahn, Hochbahn	7 782	3,1	7 250	3,4	532	1,3
Kraftomnibus, O - Bus	49 821	19,7	40 371	18,9	9 450	23,8
Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen usw.	39 232	15,5	38 579	18,1	653	1,6
Motorrad, Motorroller, Moped	28 294	11,2	28 026	13,1	268	0,7
Fahrrad	55 595	21,9	41 831	19,6	13 764	34,7
Schiff	1 290	0,5	1 041	0,5	249	0,6
zu Fuß und ohne Angabe	10 555	4,2	5 911	2,8	4 644	11,7
<b>Insgesamt</b>	<b>253 389</b>	<b>100</b>	<b>213 691</b>	<b>100</b>	<b>39 698</b>	<b>100</b>

1) Das benutzte Verkehrsmittel wurde nur für Pendlerströme von mindestens 5 Personen zwischen jeweils zwei Gemeinden ausgezählt

lich von der geographischen Lage des Ortes ab. Entscheidend ist, wie nahe die Gemeinde den Zielorten der Auspendler gelegen ist und welche öffentlichen Massenverkehrsmittel sie mit diesen Orten verbinden.

Welche Bedeutung der Lage der Zielgemeinden an Straße, Schiene und Wasser für die von den Einpendlern benutzten Verkehrsmittel zukommt, zeigt die folgende Tabelle am Beispiel der vier kreisfreien Städte:

Einpendler<sup>1</sup> in die vier kreisfreien Städte nach dem überwiegenden Verkehrsmittel

Zielgemeinde	Von 100 Pendlern benutzten ...				
	Eisenbahn	Bus	PKW, Motorrad	Fahrrad, zu Fuß	Schiff, Straßenbahn
Flensburg	9	38	33	20	1
Kiel	21	25	28	17	9
Lübeck	16	30	30	23	1
Neumünster	31	18	23	28	-

1) Erwerbstätige sowie Schüler und Studierende

In das von wenigen Eisenbahnlinien berührte Flensburg fahren mit 9% auch nur wenige Pendler mit der Eisenbahn. Sie kommen überwiegend mit dem Bus oder mit privaten Kraftfahrzeugen. Den Eisenbahnknotenpunkt Neumünster erreicht dagegen fast ein Drittel aller Pendler mit der Eisenbahn. Omnibus und eigenes Kraftfahrzeug treten dafür zurück.

Die Tabelle läßt ferner erkennen, wie erheblich der Strom der Einpendler aus den unmittelbar an den Stadtgrenzen liegenden Gemeinden ist. Nach Kiel gelangen allein 26% aller Pendler mit dem Fahrrad, der Straßenbahn, dem Schiff oder zu Fuß. Hinzuzurechnen sind noch die mit den anderen Verkehrsmitteln - insbesondere dem im Kurzstreckenverkehr eingesetzten Bus - aus den Umlandgemeinden kommenden Einpendler.

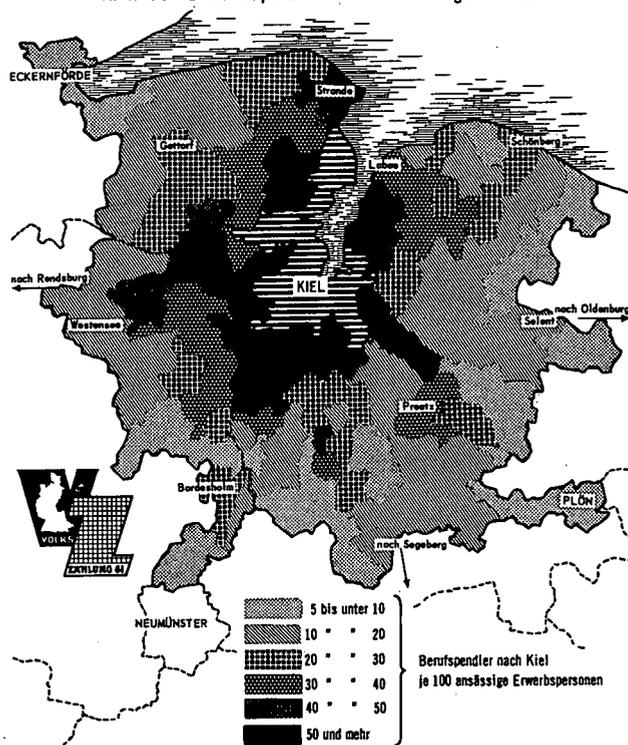
Die nachstehende Karte zeigt am Beispiel der Stadt Kiel, wie stark die Anziehungskraft eines Einpendlerzentrums sich auf seine engere Umgebung konzentriert. In der Karte sind alle Gemeinden mit einem Raster versehen, die mindestens 5% ihrer Erwerbspersonen an Kiel abgeben; sie stellen zusammen rd. 21 000 oder 92% aller erwerbstätigen Einpendler dieser Stadt. Von 100 Erwerbspersonen der unmittelbar an Kiel grenzenden Gemeinden arbeiten im Mittel über 50 in der Landeshauptstadt. Je weiter die Gemeinden von Kiel entfernt sind, desto kleiner wird diese Quote. Die Karte zeigt ferner, daß der von Kiel ausgehende Sog sich im Bereich größerer Verkehrswege nicht so rasch verringert. Das gilt auch für die Gemeinden nördlich Kiels beiderseits der Förde, wo Omnibusse, Fördeschiffe und eine Nebenbahn den überwiegend auf Kiel ausgerichteten Berufsverkehr bewältigen.

D-3421

## BERUFSPENDLER NACH KIEL

AM 6. 6. 1961

in % der Erwerbspersonen ihrer Wohngemeinde



### Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bund

Mit 24% aller Erwerbstätigen entspricht der Anteil der Auspendler aus schleswig-holsteinischen Gemeinden dem Bundesdurchschnitt<sup>2</sup>. Die Werte streuen im Bund - sieht man von den Stadtstaaten Hamburg und Bremen ab, aus denen verständlicherweise ein nur unbedeutender Anteil von Erwerbstätigen auspendelt - von 22% (Bayern) bis 47% (Saarland)<sup>3</sup>. Die Unterschiede lassen sich auf folgende Hauptursachen zurückführen:

#### 1. Konzentration der Arbeitsplätze:

Je mehr sich die Arbeitsplätze auf gewerbliche Zentren konzentrieren, desto umfangreicher sind die Pendlerströme. Dies trifft auch dann zu, wenn die wirtschaftliche Anziehungskraft von einem benachbarten Bundesland ausgeht.

#### 2. Bedeutung der Landwirtschaft:

Ist der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten in einem Lande gering, der der seßhaften Erwerbstätigen folglich niedriger, so trägt auch dies zu einer hohen Pendlerquote bei.

2) ohne Berlin

3) vgl. hierzu: "Der Umfang der Pendelwanderung" in Wirtschaft und Statistik, 1964, S. 215 ff. (April)

### 3. Flächengröße der Gemeinden:

Wegen der hier benutzten Pendlerdefinition hängt die Auspendlerquote auch von der Flächengröße der Gemeinden ab. Je kleiner die Gemeinden sind, desto größer wird die Gesamtzahl der Pendler sein, da viele Erwerbstätige und Schüler auf ihrem Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte eine Gemeindegrenze überschreiten müssen.

Jedem der drei genannten Gründe kommt in den einzelnen Bundesländern eine unterschiedliche Bedeutung zu. In Schleswig-Holstein wirkt neben der Arbeitsplatzkonzentration in den größeren Städten besonders die Randlage zu Hamburg auf eine hohe Pendlerquote hin. Der nicht geringe Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen (16%) sowie die Unterteilung der Kreise Eutin und Oldenburg in Großgemeinden dämpfen dagegen die Auspendlerquote.

### Schlußbemerkungen

Es würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, wollte man Richtung und Struktur der vielfältigen Pendlerströme hier im einzelnen untersuchen. Der an regionalen Ergebnissen interessierte Leser kann in einem Statistischen Bericht<sup>4</sup> für jede Gemeinde des Landes die

4) Arbeitsnummer AO/VZ 1961 - 10 (Gemeinden)

Gesamtzahl der erwerbstätigen Ein- und Auspendler in ihrer wirtschaftlichen Zusammensetzung sowie die der pendelnden Schüler und Studierenden finden. Die wichtigsten Einpendlerzentren und Pendlerströme des Landes sind in einer Karte<sup>5</sup> veranschaulicht worden. Darüber hinaus liegen im Statistischen Landesamt umfangreiche Archivtabellen zur Einsicht bereit. Sie geben für die Einpendler jeder Gemeinde den Wohnort und für die Auspendler den Arbeits- oder Schulort an und gliedern u. a. nach wirtschaftlicher Zugehörigkeit und dem Verkehrsmittel.

### Begriffe und Methoden

*Pendler im Sinne des vorliegenden Beitrags sind Erwerbstätige (ohne Soldaten) oder Schüler und Studierende, deren Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte außerhalb ihrer Wohngemeinde liegt und die dort keinen Wohnraum besitzen, also täglich an ihren Wohnort zurückkehren müssen. Als Arbeitsstätte gilt der Ort, an dem die Tätigkeit ausgeübt wird; sie kann in einer anderen Gemeinde liegen als der Betrieb (z. B. die auswärtige Baustelle). Die sog. Wochenendpendler sind in die vorstehende Darstellung ebensowenig einbezogen wie Angehörige von Berufen mit ständiger Reisetätigkeit, z. B. Handels- und Versicherungsvertreter, ambulante Händler.*

*Unter "Erwerbspersonen" sind die Erwerbstätigen (ohne Soldaten) und die Erwerbslosen zusammengefaßt.*

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen/Hermann Egge

5) Grafik des Monats in Stat. Monatsh. S.-H., 1964 (Februar), auch einzeln erhältlich

## Das Personal der öffentlichen Verwaltung am 2. Oktober 1963

Die persönlichen Ausgaben der öffentlichen Hand haben sich in 10 Jahren verdoppelt

In den Haushalten der öffentlichen Verwaltung spielen die Personalausgaben eine gewichtige Rolle; so waren an den Gesamtausgaben des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften im Jahre 1962 von insgesamt 3,3 Mrd. DM die persönlichen Ausgaben mit 855 Mill. DM oder 26% erheblich beteiligt. Von den Verwaltungs- und Zweckausgaben, die sich auf 1,8 Mrd. DM beliefen, beanspruchten sie mit 47% fast die Hälfte. Gemessen an den Gesamtausgaben im Jahre 1953 hat sich der Anteil der persönlichen Kosten deutlich verändert. Die entsprechenden Anteile waren damals mit 31% an den Gesamtausgaben und 54% in den Verwaltungs- und Zweckausgaben wesentlich höher, obwohl sich die persönlichen Ausgaben in diesen 10 Jahren verdoppelt haben.

In diesem Zusammenhange sei erwähnt, daß die Gesamtausgaben sich im gleichen Zeitraum um 146 % erhöht haben. Die Verwaltungs- und Zweckausgaben liegen mit einer Zuwachsquote von 131 % etwas niedriger. An diesen Verwaltungs- und Zweckausgaben haben die Personalausgaben den größten Anteil, obwohl er seit 1953 um 7 Punkte gefallen ist. Die stärkste Steigerung innerhalb der Verwaltungs- und Zweckausgaben haben die Zuweisungen an Zweckverbände, die sich gegenüber 1953 verfünffachten; an dieser Entwicklung sind die Zuweisungen für allgemeine Förderung der Landwirtschaft und des sonstigen Wasser- und Kulturbauens entscheidend beteiligt. Auch die Zinslasten haben sich seit 1953 um 54 Mill. DM, das entspricht einer Zuwachsquote von 250 %, erheblich verstärkt.

Stärker als die Verwaltungs- und Zweckausgaben, nämlich um 160 %, haben sich die Ausgaben der Vermögensbewegung erhöht, eine Folge der intensiveren Bautätigkeit insbesondere beim Straßenbau.

Die Verdoppelung der persönlichen Ausgaben ist nicht nur mit gestiegenen Gehältern und Löhnen und der allgemein etwas besseren Eingruppierung besonders der Angestellten zu

erklären, sondern ist - wenn auch in zweiter Linie - durch eine Erhöhung der Zahl der Bediensteten (+ 22%) verursacht.

Die Personalausgaben des Landes beanspruchten 1962 nur 29% der Gesamtausgaben, bei den kommunalen Gebietskörperschaften ist dieser Anteil mit 21% wesentlich geringer. 1953 betrug der Anteil der Personalkosten beim Land noch 35%, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden dagegen 27%.

Die persönlichen Ausgaben des Landes und der Gemeinden gliedern sich im Jahre 1962 in 42% Beamtenbezüge, 28% Angestelltenvergütungen, 10% Arbeiterlöhne, 3% sonstige Personalausgaben und 17% Versorgungslasten auf. Entsprechend der verschiedenen Aufgabenstellung sind diese Anteile zwischen dem Land mit seinen hoheitlichen Funktionen einerseits und den kommunalen Gebietskörperschaften andererseits unterschiedlich hoch. So machen die Beamtenbezüge beim Land 54%, bei den kommunalen Gebietskörperschaften nur knapp ein Fünftel der Personalausgaben aus. Die Angestelltenvergütungen sind mit 44% bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden wiederum höher als beim Land (19%).

Der Bund beschäftigt in Schleswig-Holstein weitaus mehr Personen als das Land

In Schleswig-Holstein wurden am 2. Oktober 1963 insgesamt 120 080 Bedienstete der öffentlichen Verwaltung festgestellt; dazu kommen

noch 2 749 Bedienstete von Sparkassen, bei denen eine Gebietskörperschaft Gewährsträger ist, 7 748 Bedienstete in wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinden und des Landes und 7 698 Teilbeschäftigte. Insgesamt finden also bei Bundes-, Landes- und kommunalen Behörden mehr als 138 000 Menschen Beschäftigung. Sie verteilen sich zu 40% auf den Bund, zu 30% auf Landesbedienstete und zu 29% auf die Gemeinden und die Gemeindeverbände. Von den 120 000 Bediensteten aller Gebietskörperschaften - ohne Teilbeschäftigte, Bedienstete bei Sparkassen und Wirtschaftsunternehmen - entfallen 41% (knapp 50 000) auf Beamte und Richter, 30% (knapp 36 000) auf Angestellte und 29% (knapp 35 000) auf Arbeiter. Zwei Drittel aller Arbeiter des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein sind bei Bundesdienststellen beschäftigt, der Anteil der Bundesangestellten ist mit 31% dagegen relativ gering.

Am stärksten, und zwar um 11,3% gegenüber 1960, haben sich die Bundesdienststellen personell ausgeweitet. An dieser Zunahme sind die Bundesbehörden mit 5 591 Bediensteten (+ 28%) am kräftigsten beteiligt. Unter dem Sammelbegriff "Bundesbehörden" in der Tabelle sind u. a. neben der Wehrbereichsverwaltung (ohne militärisches Personal der Bundeswehr), der Bundesgrenzschutz (ohne Vollzugsdienst), das Bundesamt für Wehrtechnik, die Bundesfinanzverwaltung, die Bundeswasserstraßenverwaltung, das Kraftfahrt-Bundesamt mit 775 Bediensteten, die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft mit 239

Personalstand der öffentlichen Hand am 2. 10. 1963

Dienststelle	Beamte, Richter u. Angestellte zusammen	Arbeiter	Bedienstete insgesamt	Veränderungen gegenüber 1960 in %		
				Beamte, Richter, u. Angestellte	Arbeiter	Bedienstete insgesamt
<b>Bundesdienststellen</b>						
Bundesbehörden	13 344	12 224	25 568	+ 25,9	+ 30,4	+ 28,0
Bundesbahn	6 423	5 857	12 280	- 0,2	- 12,0	- 6,2
Bundespost	10 685	4 120	14 805	+ 5,2	+ 8,9	+ 6,2
Wirtschaftsunternehmen des Bundes	52	272	324	+ 4,0	+ 8,4	+ 7,6
Anstalten und Körperschaften öffentl. Rechts unter Bundesaufsicht	1 200	72	1 272	- 12,7	+ 5,9	- 11,9
<i>zusammen</i>	31 704	22 545	54 249	+ 10,8	+ 12,0	+ 11,3
<b>Dienststellen des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften</b>						
Staatliche Landesverwaltung Schleswig-Holstein	35 985	4 066	40 051	+ 10,2	+ 1,7	+ 9,3
Wirtschaftliche Unternehmen des Landes	166	378	544	- 8,8	- 27,0	- 22,3
Kommunale Verwaltung Schleswig-Holstein	17 703	8 077	25 780	+ 6,9	+ 9,8	+ 7,8
Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	2 510	4 694	7 204	+ 2,6	- 1,2	+ 0,1
<b>Zusammen ohne wirtschaftl. Unternehmen</b>	85 392	34 688	120 080	+ 9,7	+ 10,2	+ 9,8
<b>einschl. " "</b>	88 068	39 760	127 828	+ 9,5	+ 8,2	+ 9,1
<b>dazu</b>						
Sparkassen	2 726	23	2 749	+ 7,2	- 56,6	+ 5,9
Teilbeschäftigte bei						
Bund	329	1 353	1 682	.	.	.
Land	607	850	1 457	.	.	.
Gemeinden und Gemeindeverbänden	778	3 781	4 559	.	.	.
<b>Bedienstete insgesamt</b>	<b>92 508</b>	<b>45 767</b>	<b>138 275</b>	.	.	.

Bediensteten sowie der Deutsche Wetterdienst zusammengefaßt. Unter diesen Behörden sind es besonders die Dienststellen der Wehrverwaltung, bei denen die Zuwachsquote auffällig hoch war. So ist bei einer Zuwachsquote der Bundesbehörden und Betriebe im gesamten Bundesgebiet von 4,5% gegenüber 1960 die Zahl der Bediensteten der Bundesbehörden um 26%, darunter die der Verteidigung um 56%, gestiegen!

Trotz der Rationalisierungsbemühungen ist das Personal der Bundespost im Laufe der letzten drei Jahre in Schleswig-Holstein um 6,2% angestiegen (im Bundesgebiet sogar um 7,8%), während bei der Bundesbahn sich im gleichen Zeitraum der Personalstand um 6,2% (Bundesgebiet - 4%) verringerte; dieser Rückgang ergab sich durch Verminderung der Zahl der Arbeiter um 800.

Knapp die Hälfte aller Beamten und Angestellten des Landes sind im Schuldienst und bei der Polizei beschäftigt

Am 2. 10. 1963 war das Land Dienstherr von 40 051 Personen (ohne Teilbeschäftigte). Der Anteil der Beamten an den Landesbediensteten ist mit 61% erheblich höher als der bei den kommunalen Gebietskörperschaften, dort beträgt er nur 18%. Die Zahl der Beamten erhöhte sich seit 1960 um rund 1 900. Im höheren Dienst wurden 860 oder ein Fünftel mehr Beamte beschäftigt, darunter 414 (+ 23%) im Schulwesen, 268 (+ 54%) in der Universität und den Hochschulkliniken und

133 (+ 12%) im Aufgabenbereich Rechtsschutz. Im gehobenen Dienst sind die Zugänge mit 559 Beamten (+ 5%) relativ gering. An diesen Zugängen ist wiederum überwiegend der Aufgabenbereich Schulen, und zwar mit rund 460 Beamten beteiligt. Im mittleren Dienst betrug der Zuwachs 666 (+ 11%) Beamte, darunter allein 416 Personen (+ 10%) bei der Polizei. Die Finanzverwaltung beschäftigt seit 1960 weitere 98 Personen (+ 11%).

Die Zahl der Angestellten hat sich seit 1960 um 1 394 Bedienstete, also um ein Zehntel erhöht. Im Arbeitsbereich Wissenschaft und Kunst waren 459 mehr Angestellte (+ 38%), und zwar überwiegend in den Hochschulkliniken beschäftigt als im Jahre 1960; im Verkehr betrug der Zugang 152 Personen (+ 37%), er betraf überwiegend die Straßenbauverwaltung. Weitere Zugänge an Angestellten wurden im Bereich Gesundheit mit 133 Angestellten (+ 11%) verzeichnet, und zwar ausschließlich bei den Landeskrankenhäusern. Auch im Rechtsschutz wurde mit 119 Angestellten ein Zehntel mehr beschäftigt; ein Zugang von 107 Personen (+ 8%) ergab sich bei der Bauverwaltung, und zwar vornehmlich bei der Kataster- und Vermessungsverwaltung. - Die Zahl der Angestellten im Bereich "Soziale Angelegenheiten" verminderte sich dagegen um 121 Angestellte (- 13%).

Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Angestellten im mittleren Dienst sich um 1 336 Personen, also mehr als ein Fünftel erhöhte. Diesem Zuwachs steht eine Abnahme der Bediensteten im einfachen Dienst um 368 Angestellte gegenüber; das ist zum Teil eine Folge

Die Landesbediensteten am 2. 10. 1963

Aufgabenbereich	Beamte und Angestellte					Veränderung gegenüber 1960 in %	Arbeiter
	höherer	gehobener	mittlerer	einfacher	zusammen		
	Dienst						
Insgesamt	5 559	14 679	14 288	1 459	35 985	+ 10,2	4 066
darunter Ministerien	298	625	635	64	1 622	+ 8,3	129
Unterricht	2 240	9 885	118	33	12 276	+ 8,4	62
darunter Lehrer an Volksschulen	11	7 364	13	-	7 388	+ 5,2	-
Mittelschulen	-	1 634	-	-	1 634	+ 7,7	-
Höheren Schulen	1 452	80	23	-	1 555	+ 2,8	-
Wissenschaft	1 020	163	1 221	157	2 561	+ 41,1	837
darunter Universität und Universitätskliniken	867	88	989	129	2 073	+ 43,4	740
Polizei	30	221	4 825	71	5 147	+ 11,8	144
Rechtsschutz	1 280	575	1 742	364	3 961	+ 9,0	102
darunter Gerichte und Staatsanwaltschaften	1 166	496	1 313	253	3 228	+ 9,0	89
Finanzverwaltung	103	1 125	2 007	135	3 370	+ 6,2	76
darunter Oberfinanzdirektion und Finanzämter	98	1 049	1 612	128	2 887	+ 6,7	69
Krankenhäuser	64	44	1 018	308	1 434	+ 8,6	457
Landesamt für Straßenbau	56	312	302	43	713	+ 28,5	1 028
Landesvermögens- und Bauabteilung	81	494	364	47	986	+ 4,4	60

des Bemühens der öffentlichen Verwaltung bei der angespannten Arbeitsmarktlage genügend Nachwuchskräfte zu bekommen. So werden z. B. Schreibmaschinenkräfte in der Regel nach VIII BAT (mittlerer Dienst) bezahlt, vor wenigen Jahren dagegen war eine Eingruppierung nach IX BAT (einfacher Dienst) noch ziemlich häufig. Die Zuwachsquote wird dadurch beeinflusst, daß im Jahre 1961 im Zuge einer Umstellung der tariflichen Tätigkeitsmerkmale Angestellte in vielen Fällen automatisch höher gruppiert wurden, und zwar sowohl vom einfachen in den mittleren, wie auch vom mittleren in den gehobenen Dienst. - Die Zahl der Arbeiter hat sich mit einem Zugang von 68 Personen nur unwesentlich geändert.

Den personell größten Aufgabenbereich bei der Landesverwaltung bildet das Schulwesen; hier sind allein mehr als ein Drittel aller Beamten und Angestellten tätig. Auch die Polizei hat mit 14% einen erheblichen Anteil an den Landesbediensteten. Fast jeder zweite Beamte und Angestellte (48%) der Landesverwaltung ist somit entweder im Schuldienst oder bei der Polizei tätig. Ein Zehntel ist in dem Aufgabenbereich Rechtsschutz, und zwar überwiegend bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften, beschäftigt, weitere 8% bei der Oberfinanzdirektion und den Finanzämtern. Rechnet man die im Bereich Wissenschaft und die in den Krankenhäusern beschäftigten Beamten und Angestellten dazu, so werden in diesen aufgeführten fünf Bereichen vier Fünftel aller Bediensteten bei der Landesverwaltung beschäftigt. Die Zahl der Beschäftigten in den sieben Ministerialverwaltungen ist mit 4,5% relativ gering. Gegenüber 1960 sind überdurchschnittliche Zugänge an Beamten und Angestellten bei der Polizei, im Aufgabenbereich Wissenschaft und dem Landesamt für Straßenbau, festzustellen; auf sie entfallen 44% des rechnerischen

Zuganges insgesamt, aber nur 23% aller Landesbeamten und Angestellten.

Von den 4 066 Arbeitern des Landes einschließlich der Reinmachefrauen sind über zwei Drittel im Straßenbau (1 028), den Marschenbauämtern (699) und den Landeskrankenhäusern und Universitätskliniken (1 018) tätig.

#### Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände

Die kommunalen Gebietskörperschaften beschäftigten insgesamt 25 780 Beamte, Angestellte und Arbeiter; das sind 1 868 Personen oder 7,8% mehr als 1960. Von den Beamten und Angestellten sind knapp zwei Drittel im mittleren Dienst beschäftigt.

Die Aufgabenbereiche mit den meisten Beschäftigten sind Gesundheitspflege und soziale Angelegenheiten mit einem Anteil von 21% und 15% an allen Bediensteten. Bei der Gesundheitspflege überwiegen mit 83% (+ 8% gegenüber 1960) die Bediensteten der Krankenhäuser. Die kommunalen Gebietskörperschaften beschäftigten insgesamt 383 Ärzte; das Pflegepersonal belief sich auf 1 220 Personen. - Für soziale Angelegenheiten werden gegenüber 1960 nicht mehr Bedienstete beschäftigt. Die in diesem Posten enthaltenen Lastenausgleichsämter der Landkreisverwaltungen und der kreisfreien Städte wiesen mit 1 025 Beamten und Angestellten (- 13%) sogar eine rückläufige Personalbesetzung auf. - Ein Siebentel der Bediensteten (+ 15%) wurden im Bau- und Wohnungswesen beschäftigt. Besonders hoch ist die Zahl der Bediensteten bei Straßen, Wege und Brücken (1 071 Bedienstete) mit einem Zugang gegenüber 1960 von 3%; weitere 613 (+ 32%) der Bediensteten dieses Aufgabenbereiches sind beim Hochbau-, Vermessungs- und Katasterwesen beschäftigt. - Ein weiteres Siebentel der

Das Personal der kommunalen Gebietskörperschaften am 2. 10. 1963

Aufgabenbereich	Beamte und Angestellte					Veränderung gegenüber 1960 in %	Arbeiter	Veränderung gegenüber 1960 in %
	höherer	gehobener	mittlerer	einfacher	zusammen			
	Dienst							
<b>Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen</b>	1 395	3 793	11 092	1 423	17 703	+ 6,9	8 077	+ 9,8
davon								
Allgem. Verwaltung und Finanz- und Steuerverwaltung	152	1 203	2 890	372	4 617	- + 5,6	305	+ 42,5
Öffentliche Sicherheit	14	201	995	87	1 297	+ 17,6	13	- 69,8
Schulen	471	152	350	329	1 302	+ 8,8	592	+107,0
Kultur	27	384	343	42	796	+ 2,6	372	- 5,8
Soziale Angelegenheiten	12	666	2 386	247	3 311	- 1,9	672	+ 10,3
Bau- und Wohnungswesen	108	814	953	54	1 929	+ 21,1	1 707	+ 8,4
Gesundheitspflege	534	243	2 407	254	3 438	+ 10,1	1 910	- 2,5
Öffentliche Einrichtungen	77	130	768	38	1 013	- 0,6	2 506	+ 10,1
dazu								
Wirtschaftliche Unternehmen					2 510	+ 2,6	4 694	- 1,2
Sparkassen	39	579	1 971	137	2 726	+ 7,2	23	- 57,0

# SCHICHTUNG DER EINKOMMEN 1961

- aus der Einkommen- und Lohnsteuerstatistik -

Die Schichtung der individuellen Einkommen zeigt, daß über die Hälfte aller Einkommenbezieher jährliche Einkünfte unter 5 000 DM nachweisen, über 25 000 DM dagegen nur 2 %. Beide Gruppen stellen jedoch jeweils ein Fünftel der gesamten Einkünfte. Am häufigsten wurden Einkünfte zwischen 1 500 und 5 000 DM erzielt.

Die Einkünfte der Lohn- und Gehaltsempfänger überwiegen in den Schichten bis 16 000 DM, in der untersten sind sie sogar fast ausschließlich anzutreffen. Entsprechend umgekehrt ist es in den oberen Schichten: hier dominieren die übrigen Einkunftsarten.

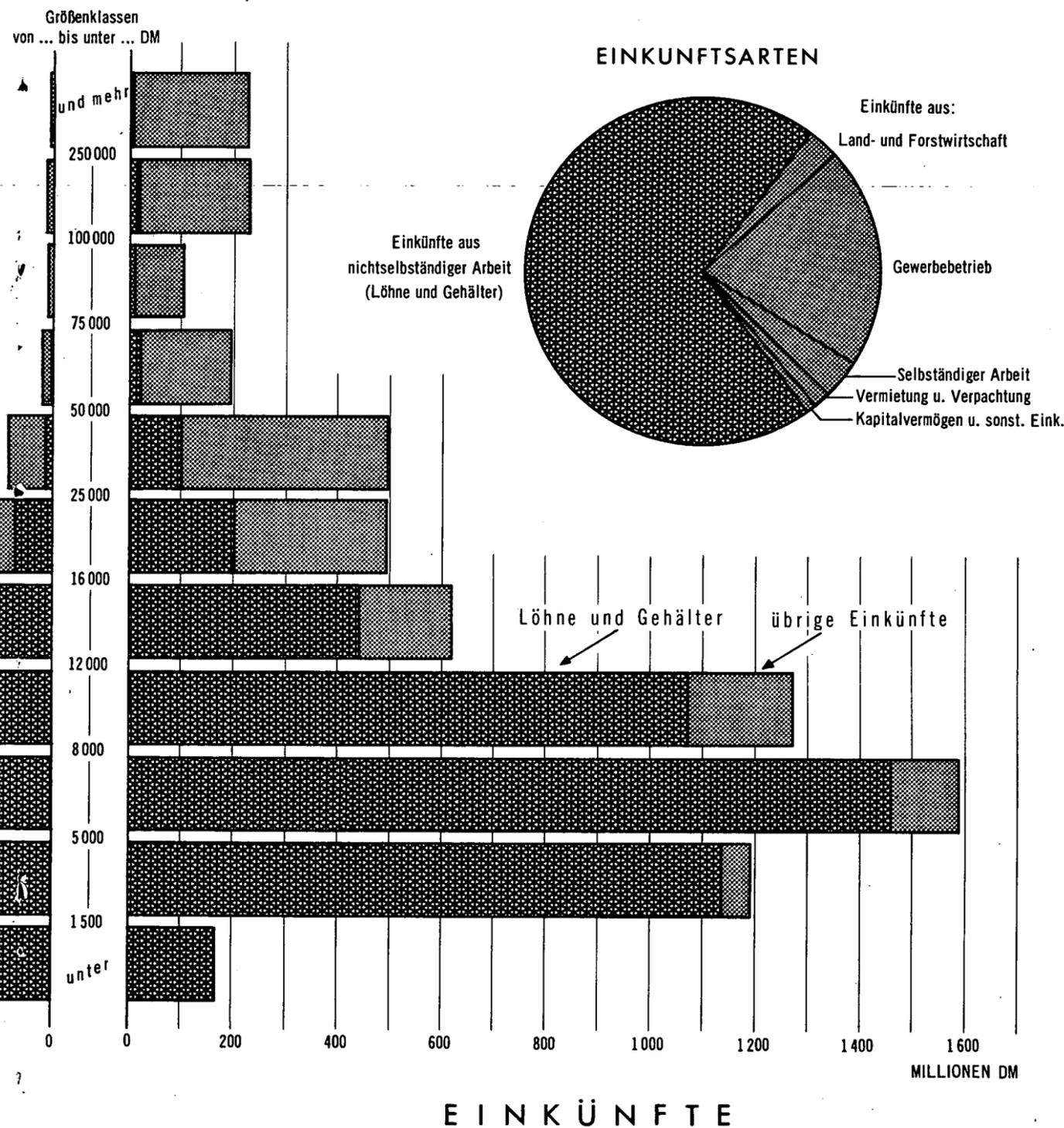
Das Individualeinkommen besteht überwiegend, nämlich zu sieben Zehnteln, aus Löhnen und Gehältern (Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit), ein Fünftel hängen mit gewerblicher und nur 4 % mit freiberuflicher Tätigkeit zusammen. Die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie Kapitalvermögen sind sogar nur zu jeweils 1 % am gesamten Einkommen beteiligt.

Es wurden die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1961 verwendet. Die Schichtung betrifft daher nur die Individualeinkommen der steuerpflichtigen natürlichen Personen. Die Familien- oder Haushaltseinkommen können also nicht dargestellt werden und es fehlen u. a. die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften und die Renten.

Aus Vergleichsgründen und um ein "ökonomisches Einkommen" (Gegensatz: steuerliches Einkommen) zu bekommen, wurden folgende Berechnungen durchgeführt:

1. Zum Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen wurden die Werbungskosten zugeschlagen;
2. Der Summe der Einkünfte wurden die Sondervergünstigungen (§§ 7 b - e EStG u. ä.) hinzugerechnet.

Die Schichtung wurde nach der Größenklasse "Gesamt-betrag der Einkünfte" vorgenommen.



Bediensteten wurde bei den öffentlichen Einrichtungen beschäftigt; hier betrug die Zuwachsquote in drei Jahren 7%. - In diesen beiden letzten Aufgabenbereichen ist die Mehrzahl des technischen Personals der Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände beschäftigt. In den vier bisher genannten Aufgabenbereichen Gesundheit, soziale Angelegenheiten, Bau- und Wohnungswesen, öffentliche Einrichtungen sind knapp zwei Drittel der im kommunalen Dienst beschäftigten Bediensteten tätig.

Im Schulwesen sind gemäß der Aufgabenverteilung relativ weniger Personen tätig als beim Lande, dennoch hat die Zahl der Beamten und Angestellten um insgesamt 105 (9%) zugenommen. Allein 424 Lehrer sind bei den höheren Schulen der kreisfreien Städte Kiel und Lübeck beschäftigt.

Ein Viertel aller Beamten und Angestellten ist in der allgemeinen sowie in der Finanz- und Steuerverwaltung tätig.

Die 8 077 Arbeiter der Gemeinden und Gemeindeverbände sind zu einem Drittel bei den öffentlichen Einrichtungen beschäftigt, zu einem Viertel in der Gesundheitspflege und zu einem Fünftel im Bau- und Wohnungswesen.

Die Zahl der Bediensteten steigt progressiv mit wachsender Gemeindegrößenklasse an. 45% aller Beamten und Angestellten und 58% aller Arbeiter einschließlich der in wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind Bedienstete der vier kreisfreien Städte.

Weitere 22% der Beamten und Angestellten und 11% der Arbeiter arbeiten in den 17 Landkreisverwaltungen.

Die Gesamtzahl der Bediensteten, umgerechnet auf 10 000 Einwohner, steigt mit wachsender Gemeindegrößenklasse von 14 Bediensteten in den Kleinstgemeinden auf 110 Bedienstete in der Größenklasse von 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern, in der nächsten Gemeindegrößenklasse werden 114 Bedienstete beschäftigt und in den kreisfreien Städten schließlich 243. - In der Tabelle ist das Personal einiger Aufgabenbereiche - nämlich der Gesundheit, der öffentlichen Einrichtungen und der wirtschaftlichen Unternehmen - getrennt dargestellt worden. Es handelt sich um Aufgabenbereiche, die den Vergleich zwischen den Gemeindegrößenklassen erschweren, da ihre Ausgabenhöhe von dem Vorhandensein eines Krankenhauses, von Einrichtungen der Lebensmittelversorgung und des Marktwesens, von Park- und Gartenanlagen oder von wirtschaftlichen Unternehmen abhängig ist. Überdies können die Ausgaben für diese Aufgabenbereiche zwischen Gemeinden gleicher Größe sehr unterschiedlich sein, je nachdem wie groß die jeweilige Einrichtung, das wirtschaftliche Unternehmen usw. ist.

Bei den Aufgabenbereichen mit etwa gleicher Aufgabenstellung bleibt aber die Tendenz der relativ stärkeren Zahl von Bediensteten mit wachsender Gemeindegrößenklasse bestehen. In den kreisfreien Städten ist rund das Doppelte an Bediensteten tätig als in den kleineren Städten. Auch die Zuwachsquoten gegenüber

Das Personal der kommunalen Gebietskörperschaften nach Gemeindegrößenklassen  
- Bedienstete je 10 000 Einwohner -

Aufgabenbereich	Gemeinden mit mehr als 1 000 Einw., Ämter und Landkreise	davon							Ämter	Landkreise
		kreisfreie Städte	kreisangehörige Gemeinden mit ... Einwohnern							
			mehr als 20 000	10 000 - 20 000	5 000 - 10 000	3 000 - 5 000	1 000 - 3 000			
Allgemeine Verwaltung, Finanz- und Steuerverwaltung	20,8	22,0	14,7	20,3	19,1	16,1	4,6	9,6	5,1	
Öffentliche Sicherheit	5,5	6,9	3,1	4,3	3,7	3,3	0,5	1,5	2,2	
Schulen	8,0	17,6	4,3	4,8	4,3	4,5	2,1	-	1,2	
Kultur	4,9	15,4	2,4	0,9	0,3	0,1	0,0	0,0	0,1	
Soziale Angelegenheiten	16,8	23,8	8,6	9,1	5,3	4,0	0,8	2,0	8,9	
Bau- und Wohnungswesen	15,4	19,6	13,5	17,9	14,9	10,2	4,9	0,2	4,4	
Zusammen	71,5	105,3	46,7	57,2	47,7	38,2	13,0	13,3	21,9	
Veränderung gegenüber 1960 in %	+ 8,9	+10,3	+23,0	+ 7,4	- 3,2	+ 15,8	+ 6,9	+ 4,7	+ 6,4	
Gesundheit	22,6	32,0	28,9	14,3	3,8	2,0	0,6	0,1	10,6	
Öffentliche Einrichtungen <sup>1</sup>	14,9	37,7	10,5	11,9	4,8	3,8	0,8	0,0	0,8	
Veränderung gegenüber 1960 in %	+ 5,9	+ 5,1	+27,6	+ 3,0	-10,2	+ 23,8	+20,0	- 20,0	- 0,8	
Wirtschaftliche Unternehmen	30,5	67,7	28,3	26,2	19,5	11,3	4,1	0,1	1,7	
Veränderung gegenüber 1960 in %	+ 0,1	- 3,1	+ 2,2	+ 8,2	+ 7,5	+ 23,0	+73,5	+100,0	-12,8	
Insgesamt	139,5	242,8	114,4	109,5	75,8	55,3	18,5	13,6	35,1	
Veränderung gegenüber 1960 in %	+ 6,0	+ 4,8	+ 18,5	+ 6,5	- 1,5	+ 18,0	+17,9	+ 5,5	+ 2,9	

1) ohne Sparkassen

1960 sind recht unterschiedlich; besonders hoch (+ 23%) ist sie in den Städten von 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern. Diese Größenklasse fällt aber durch ihren relativ niedrigen Stand an Bediensteten (47 je 10 000 Einwohner) gegenüber der nächst kleineren Gemeindegrößenklasse auf.

Die auffällig niedrige Zahl an Beschäftigten in den Gemeinden von 1 000 bis 3 000 Einwohnern ergibt sich dadurch, daß in der Regel der Verwaltungsaufwand dieser Gemeinden durch Ämter wahrgenommen wird. Nun könnte eingewendet werden, daß die Bediensteten der Ämter in der Regel höher eingestuft sind als die der amtsfreien Gemeinden und somit der Vorteil der geringeren Personalbesetzung durch im einzelnen höhere persönliche Ausgaben wieder aufgehoben ist. Ein Vergleich der persönlichen Ausgaben der amtsangehörigen Gemeinden einschl. ihrer Ämter mit denen amtsfreier Gemeinden ergibt jedoch den offensichtlichen Nutzen der Ämter in bezug auf geringeren Verwaltungsaufwand. An eigentlichen persönlichen Verwaltungsausgaben, also ohne solche von wirtschaftlichen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen, Gesundheits- und Jugendpflege sowie ohne Einrichtungen der Fürsorge und Jugendhilfe, wurden im Jahre 1962 nachgewiesen:

	Persönliche Ausgaben in DM je Einw.
Amtsangehörige Gemeinden	
von 3 000 bis 5 000 Einwohnern	21,22
mit weniger als 3 000 Einwohnern	8,48
Ämter	14,86
<b>zusammen</b>	<b>24,48</b>
Amtsfreie Gemeinden	
mit 3 000 bis 5 000 Einwohnern	47,55
mit weniger als 3 000 Einwohnern	36,15
<b>zusammen</b>	<b>44,31</b>

In den persönlichen Ausgaben sind in der obigen Übersicht die Aufwandsentschädigung für die Vielzahl der ehrenamtlichen Bürgermeister enthalten.

In den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern sind hauptamtlich beschäftigte Bedienstete kaum vorhanden.

Eine Darstellung der Bediensteten nach Kreisen ist wenig aufschlußreich, da die Zahl der Bediensteten je 10 000 Einwohner von der Zusammensetzung der Gemeindegrößenklassen im jeweiligen Kreis abhängig ist. Die Zahl der Bediensteten je 10 000 Einwohner ohne wirtschaftliche Unternehmen und ohne Gesundheitspflege und ohne Einrichtungen ist erwartungsgemäß mit 37 Bediensteten im Kreis Flensburg-Land am geringsten, beläuft sich im Kreis Pinneberg auf 63 und in der kreisfreien Stadt

Lübeck auf 108, in Kiel auf 113 Bedienstete je 10 000 Einwohner.

Die Bediensteten je 1 000 Einwohner vom Bund, Land und den kommunalen Gebietskörperschaften belaufen sich in Schleswig-Holstein auf 55. Diese Zahl ist auch hier in den Kreisen Flensburg-Land und Segeberg mit 27 sehr niedrig, am höchsten mit 61 und 66 in den Kreisen Schleswig und Oldenburg; von den kreisfreien Städten weist Kiel mit 110 Bediensteten je 1 000 Einwohner die höchste Zahl an Bediensteten auf (hier ist also fast jeder 9. Einwohner im öffentlichen Dienst tätig!), gefolgt von der Stadt Flensburg mit 98, Neumünster mit 85 und Lübeck mit 64.

#### Starke Zunahme der Teilbeschäftigten

Leider fehlen bisher Angaben über die Fluktuation der öffentlichen Bediensteten. Es ist weder bekannt, wie viele Personen ihren Dienstherrn wechselten (z. B. Landesbedienstete, die in den Bundesdienst übertraten), oder den öffentlichen Dienst verließen (etwa Frauen nach der Heirat), noch gibt es genaue Unterlagen darüber, wie viele Bedienstete aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden sind, weil sie die Altersgrenze erreichten; auch die Zahl der Sterbefälle von Bediensteten ist unbekannt. Andererseits gibt es auch keine Angaben über die Zahl der Neueinstellungen; man kann nur aus einigen sekundären Angaben schließen, daß die Fluktuation erheblicher als vor einigen Jahren sein muß. So wäre z. B. auch die Besserstellung von Bediensteten in einigen Aufgabenbereichen (Lehrer, Polizei) nicht ohne weiteres durchgeführt worden, wenn nicht die Gefahr des Abwanderns in andere Berufe oder die des ungenügenden Nachwuchses bestanden hätte. So haben - in dem Bestreben, den öffentlichen Dienst mit den in der Wirtschaft gezahlten Löhnen und Gehältern konkurrenzfähig zu halten - die allgemeinen Gehaltserhöhungen und besseren Einstufungen die Entwicklung der persönlichen Ausgaben im öffentlichen Haushalt stärker beeinflußt als die wachsende Zahl von Bediensteten. - Auch die erhebliche Steigerung der Zahl der Teilbeschäftigten läßt die Schwierigkeiten, die sich durch die Vollbeschäftigung ergeben, erkennen. 1960 hatte das Land 76 teilbeschäftigte Angestellte, im Jahre 1963 waren es 605. Bei den kommunalen Gebietskörperschaften hat sich die Zahl der teilbeschäftigten Angestellten von 348 auf 662 knapp verdoppelt. Die Zahl der teilbeschäftigten Arbeiter hat sich bei weitem weniger erhöht; sie stieg insgesamt von 4 088 auf 4 358. Als teilbeschäftigt gelten alle diejenigen Bediensteten, deren wöchentliche Dienstzeit weniger

als die übliche volle Wochenstundenzahl, jedoch mindestens 20 Wochenstunden, beträgt. Der Anteil der teilbeschäftigten Bediensteten in Schleswig-Holstein an allen Bediensteten - ohne wirtschaftliche Unternehmen und Sparkassen - erhöhte sich von 7% auf 9%. Es ist anzunehmen, daß die Zahl der Teilbeschäftigten auch in

Zukunft überdurchschnittlich stark steigen wird.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Vergleiche auch: "Personalstand der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 169 (Juni) und "Personalstand von Bund, Ländern und Gemeinden am 2. Oktober 1963" in Wirtschaft und Statistik 1964, S. 287 (Mai)

## Die Erzeugung wichtiger Baustoffe in Schleswig-Holstein und im Bund 1958-1963

Steigende Bauleistungen haben, wenn man die im allgemeinen nicht sonderlich ins Gewicht fallenden Baustoffimporte außer acht läßt, steigende Produktion von Baustoffen zur Voraussetzung. Der Industriezweig Steine und Erden ist einer der maßgeblichen Vorlieferanten für

das Baugewerbe. Er beschäftigte im Jahresdurchschnitt 1963 in Schleswig-Holstein rund 8 100 Personen, der Umsatz machte 372 Mill. DM aus! Im Bund stellten sich die entsprechenden Angaben auf 261 000 Beschäftigte<sup>2</sup> und 9,8 Mrd. DM Umsatz.

### Betriebe, Beschäftigte und Umsatz in der Baustoffproduktion 1958 - 1963

Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten nach beteiligten Industriezweigen

Jahr	Betriebe				Beschäftigte				Umsatz			
	Schl.-H.	Meßziffer	Bund	Meßziffer	Schl.-H.	Meßziffer	Bund	Meßziffer	Schl.-H. in Mill.DM	Meßziffer	Bund in Mill.DM	Meßziffer
1958	188	100	5 854	100	7 858	100	250 770	100	240	100	5 917	100
1959	194	103	5 799	99	8 223	105	257 614	103	279	116	6 831	115
1960	196	104	5 881	100	8 369	107	260 366	104	304	127	7 542	127
1961	197	105	5 909	101	8 384	107	264 121	105	337	140	8 494	144
1962	209	111	5 952	102	8 234	105	264 958	106	362	151	9 335	158
1963	220	117	6 022	103	8 085	103	261 221	104	372	155	9 781	165

Zu den Betrieben, die Baustoffe produzieren, gehören u. a. die Zementfabriken, Ziegeleien, Kalksandsteinwerke und Betonsteinwerke. Um ihre Bedeutung innerhalb der ganzen Industrie zu beleuchten, mag die Beschäftigtenzahl der gesamten Industrie und einiger ähnlich großer Industriezweige mit der Baustoffproduktion verglichen werden. Etwa 5% aller Industriebeschäftigten des Landes wirken bei der Baustoffproduktion mit. In der Textilproduktion Schleswig-Holsteins sind etwa 700 Personen mehr, in der Herstellung von Bekleidung ungefähr genau so viel Personen weniger tätig. Im Umsatz bleiben beide Industriezweige um etwa

ein Drittel unter dem Wert der Baustoffproduktion.

### Produktionsentwicklung einzelner Baustoffe

#### Zement

Die Erzeugung von Zement im Lande stieg von 1,4 Mill. t im Jahre 1958 auf 1,8 Mill. t im Jahre 1963. In dem betrachteten Zeitraum erhöhte sich die produzierte Menge um knapp ein Drittel (+ 31%). Im Bundesgebiet war die Produktionsentwicklung etwas lebhafter, und zwar wuchs die Zementproduktion von 20,1 Mill. t (1958) auf 30,5 Mill. t (1963), was einer Zuwachsrate von 52% entsprach. Von 1958 bis 1960 verlief die Steigerung der Erzeugung in Schleswig-Holstein und im Bund nahezu übereinstimmend. Erst ab 1961 sind die Zuwachs-

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten nach technischen Einheiten (beteiligte Industriezweige)

2) ohne Beschäftigte in Betrieben/Betriebsteilen, die dem Kohlenbergbau angeschlossen sind

Zementherzeugung 1958 - 1963

Jahr	Schleswig-Holstein		Bund	
	1 000 t	Meßziffer	1 000 t	Meßziffer
1958	1 369	100	20 126	100
1959	1 621	118	24 008	119
1960	1 738	127	25 846	128
1961	1 840	134	28 642	142
1962	1 861	136	29 912	149
1963	1 790	131	30 529	152

raten im Bund größer als in Schleswig-Holstein. Der Unterschied dürfte auch bestehen bleiben, wenn man die Produktionsausfälle eliminiert, die im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe im Februar 1962 eintraten.

Wollte man die schleswig-holsteinische Jahresproduktion an Zement mit der Eisenbahn transportieren, dann wären dazu 1 800 Güterzüge von 1 000 t Ladefähigkeit erforderlich (50 Waggons zu 20 t). Die tägliche Zementproduktion im Bund würde, werktäglich gerechnet, etwa 100 Güterzüge von 1 000 t füllen. In Schleswig-Holstein werden 6% der im Bundesgebiet überhaupt anfallenden Zementmenge hergestellt.

Kalk

Obwohl für die Erstellung von Bauten die Verwendung von Kalk heute nicht mehr die Bedeutung wie in vergangenen Zeiten hat, ist Kalk immer noch für eine Reihe von Bauarbeiten unentbehrlich. In Schleswig-Holstein wurden im letzten Jahr 54 000 t kohlensaurer Kalk erzeugt; gegenüber 1958 ist die Produktion um 10 000 t (- 15%) zurückgegangen. In den Jahren dazwischen schwankte die Produktion jedoch so stark, daß sich über die Tendenz kaum eine Aussage machen läßt. Im Bund ist dagegen ein kontinuierlicher Anstieg der Kalkerzeugung von 1,5 Mill. t (1958) auf 2,3 Mill. t (1963) festzustellen. Die Zuwachsraten für diesen Zeitraum fiel mit + 49% nur wenig niedriger aus als in der Zementproduktion (+ 52%).

Kalkerzeugung 1958 - 1963  
(kohlensaurer Kalk, gemahlen)

Jahr	Schleswig-Holstein		Bund	
	1 000 t	Meßziffer	1 000 t	Meßziffer
1958	64	100	1 521	100
1959	74	116	1 720	113
1960	52	81	1 746	115
1961	62	98	1 867	123
1962	59	93	2 033	134
1963	54	85	2 273	149

Mauerziegel

Wegen der unterschiedlichen Formate werden Mauerziegel üblicherweise auf den gemein-

samen Nenner "cbm Mauerwerk" gebracht, um additionsfähige und damit vergleichbare Angaben zu bekommen. Bei Kalksandsteinen wird ebenso verfahren. Die schleswig-holsteinischen Ziegeleien fertigten sowohl 1958 als auch 1963 Mauersteine in einer Menge, die für die Herstellung von 388 000 cbm Mauerwerk ausreichte. Dazwischen, nämlich von 1959 bis 1961, hatte sich die Ziegelproduktion kräftig ausgeweitet (+ 17 bis 20%); war dann aber 1962 wieder auf den Stand von 1958 zurückgefallen.

Ziegelproduktion 1958 - 1963

Jahr	Schleswig-Holstein		Bund	
	1 000 cbm	Meßziffer	1 000 cbm	Meßziffer
1958	388	100	13 366	100
1959	467	120	15 065	113
1960	460	119	15 173	114
1961	453	117	15 399	115
1962	408	105	15 430	115
1963	388	100	14 425	108

Auch im Bundesgebiet ist von 1958 auf 1959 eine beachtliche Erhöhung (+ 13%) eingetreten. Danach hält sich die Produktion bis 1962 auf ungefähr dem gleichen Niveau. Von 1962 auf 1963 war auch im Bund die Produktion leicht rückläufig (- 7%), allerdings nicht ganz so stark wie in Schleswig-Holstein, so daß die 1958 produzierte Menge noch um 8% überschritten wurde.

Kalksandsteine

Neben den aus Ton gebrannten Mauersteinen werden zunehmend aus Kalk und Sand "gebackene" Mauersteine verwendet. Die Herstellung von Kalksandsteinen hat in Schleswig-Holstein größere Bedeutung als im Bundesgebiet; gut ein Sechstel der Gesamtproduktion im Bund kommt aus schleswig-holsteinischen Kalksandsteinwerken. In Schleswig-Holstein ist die produzierte Menge an Kalksandsteinen etwa dreimal so groß wie die von Mauerziegeln. Im Bund dagegen wurden 1958 noch etwa doppelt soviel Mauerziegel wie Kalksandsteine hergestellt. Da die Produktion von Kalksandsteinen im Bundesgebiet in den letzten Jahren stärker anstieg als die Ziegelproduktion - und zwar von 1958 bis 1963 um 56% gegenüber + 8% bei

Kalksandsteinproduktion 1958 - 1963

Jahr	Schleswig-Holstein		Bund		In % der Ziegel- produktion des Bundes
	1 000 cbm	Meß- ziffer	1 000 cbm	Meß- ziffer	
1958	1 064	100	6 557	100	49
1959	1 230	116	7 572	115	50
1960	1 297	122	8 096	123	53
1961	1 420	133	8 957	137	58
1962	1 461	137	10 118	154	66
1963	1 378	130	10 244	156	71

Mauerziegeln - erhöhte sich der Anteil der Kalksandsteine von etwa 50% 1958 auf über 70%, wenn man die Ziegelproduktion gleich Hundert setzt.

Die Entwicklung der Produktionsmengen war bis 1961 in Schleswig-Holstein und im Bund etwa gleichlaufend. Im Bund hielt die ansteigende Tendenz auch weiterhin an, während in Schleswig-Holstein ein leichter Rückgang eintrat.

#### Betonsteinerzeugnisse

Unter der Bezeichnung Betonsteinerzeugnisse verbirgt sich eine vielfältige Produktion, deren gemeinsames Kennzeichen die Verwendung von Zement und Kies ist. Ebenso vielfältig wie die Betonsteinerzeugnisse ist ihre Verwendung am Bau. Sie reicht von einfachen Betonsteinen über Gehwegplatten, Betonrohren, Randsteine bis zu "Halbfabrikaten" wie Betontreppen, Schachtabdeckungen, Kläranlagen, Masten u. a. Betonfertigteilen für den Hoch-, Tief- u. Straßenbau.

Die Herstellung von Betonsteinerzeugnissen für den Tief- und Straßenbau ist ein bedeutender Teil des gesamten Produktionsprogramms der Betonsteinindustrie. Die Produktion dieser Erzeugnisse hat von 1958 bis 1963 sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bund ständig stark zugenommen, und zwar um 186% im Lande und um rund 100% im Bund.

Betonsteinproduktion für Tief- und Straßenbau 1958 - 1963

Jahr	Schleswig-Holstein		Bund	
	1 000 t	Meßziffer	1 000 t	Meßziffer
1958	152	100	4 707	100
1959	206	136	5 689	121
1960	223	147	6 523	139
1961	302	199	7 309	155
1962	362	238	8 492	180
1963	435	286	9 345	199

Zu den Betonsteinerzeugnissen zählen ferner Betonfertigteile konstruktiver Art wie Balken, Stürze, Binder, Sparren und Stützen. Diese Bauteile ergänzen die traditionellen Konstruk-

tionen aus Holz und Stahl, zum Teil treten sie an ihre Stelle. Die in Schleswig-Holstein produzierte Menge ist zwar - gemessen an der Produktion im Bund - noch verhältnismäßig unbedeutend (1958 = 0,2%; 1963 = 0,8%), hat sich aber von rund 1 000 t in den Jahren 1958 bis 1961 sprunghaft auf über 9 000 t im Jahre 1963 erhöht. Im Bund stieg die Produktion nahezu kontinuierlich von 540 000 t (1958) auf 1,2 Mill. t (1963), oder um 126%.

Mit den genannten Betonfertigteilen konstruktiver Art sind die Fertigteile für den Treppenaufbau und die dazugehörigen Platten für Verkleidungen in mancher Hinsicht verwandt. Die produzierte Menge ist im Bund etwas kleiner als die der konstruktiven Betonfertigteile; die Produktionsausweitung war im Bund wie in Schleswig-Holstein erheblich geringer als bei den erstgenannten Betonfertigteilen:

Von 517 000 t Bundesproduktion im Jahre 1958 stieg die Menge auf rund 700 000 t (1963) d. h. um 36%. In Schleswig-Holstein war die Zunahme mit 17% von 1958 auf 1963 noch schwächer.

Ausgesprochen expansiv war dagegen die Produktionsentwicklung bei Vollsteinen aus Beton. Die hergestellte Menge stieg im Bund von 58 000 cbm (1958) auf 173 000 cbm, also auf das Dreifache. Diese lebhafteste Mengenentwicklung wurde in Schleswig-Holstein nicht ganz erreicht; hier stieg die Erzeugung von knapp 14 000 cbm auf etwa 32 000 cbm, d. h. um 132%.

Betonplatten für Wände, Decken und Dächer wurden ebenfalls in zunehmenden Mengen hergestellt. Die Produktion stieg in Schleswig-Holstein von 26 000 qm auf nicht ganz 80 000 qm, im Bund von 420 000 qm auf knapp 600 000 qm. Die Zuwachsrate im Bund war mit 42% erheblich kleiner als in Schleswig-Holstein.

In der Hinterlassenschaft des zweiten Weltkrieges befanden sich bis dahin nicht gekannte Berge von Schutt und Trümmern, deren Beseitigung mannigfaltige ökonomische und technische Schwierigkeiten bot. In diesem Zusammenhang entstanden umfangreiche Trümmer-

Produktion von Hohlblocksteinen (einschl. Schornsteinformstücke) 1958 bis 1963

Jahr	aus Trümmerverwertung				aus Beton			
	Schleswig-Holstein		Bund		Schleswig-Holstein		Bund	
	1 000 cbm	Meßziffer	1 000 cbm	Meßziffer	1 000 cbm	Meßziffer	1 000 cbm	Meßziffer
1958	89,8	100	1 211	100	16,8	100	742	100
1959	100,5	112	1 429	118	29,9	178	1 075	145
1960	51,2	57	1 313	108	34,7	207	1 267	171
1961	43,4	48	1 257	104	51,3	305	1 538	207
1962	35,7	40	1 188	98	65,4	389	1 815	245
1963	42,1	47	1 193	99	67,8	404	2 000	270

verwertungsanlagen, in denen aus dem reichlich vorhandenen Rohstoff "Trümmerschutt" brauchbare Baustoffe, in der Hauptsache Hohlblocksteine, hergestellt wurden. 1959 betrug diese Produktion in Schleswig-Holstein noch rund 100 000 cbm, was ungefähr ein Viertel der Mauerziegelproduktion der gleichen Zeit entspricht. Sie fällt dann sehr rasch auf 36 000 cbm (1962); der Anteil an der Ziegelproduktion beträgt nunmehr nur noch etwa ein Zehntel.

Im Bundesgebiet hält sich die Produktion mit Ausnahme eines Anstiegs um 18% im Jahre 1959 auf fast unverändertem Niveau. Mit der allmählichen Erschöpfung der Vorräte an Trümmerschutt stellen sich die Trümmerverwertungsanlagen in der Rohstoffverwendung um und stellen die gleichen Hohlblocksteine nun-

mehr aus Beton her. In Schleswig-Holstein verläuft dieser Umstellungsprozeß derartig, daß die Summe der aus Trümmerverwertung und Beton produzierten Hohlblocksteine etwa gleich bleibt. Die Herstellung von Hohlblocksteinen aus Beton gewinnt immer größeres Gewicht, was sich schon aus den kräftigen Mengenerhöhungen, die von 1958 bis 1963 rund 300% betragen, ablesen läßt. Im Bundesgebiet steigt die produzierte Menge von 1958 bis 1963 um 170%, also schwächer als in Schleswig-Holstein; dafür ist ein Rückgang der Produktion an Hohlblocksteinen aus Trümmerverwertung im Bundesgebiet im Gegensatz zu Schleswig-Holstein bislang nicht festzustellen.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

## Das Mühlengewerbe 1956 und 1963

Ende Mai 1963 gab es in Schleswig-Holstein etwa 330 Mühlen; sie beschäftigten rund 2 600 Personen und erzielten einen Jahresumsatz von über 400 Mill. DM. Seit 1956 ist die Zahl der Mühlenbetriebe um etwa 170 oder ein Drittel zurückgegangen; der Beschäftigtenrückgang war demgegenüber geringfügig. Er belief sich auf etwas mehr als 6%. Die Umsatzentwicklung verlief dagegen umgekehrt: von 1956 bis 1963 stiegen die Umsätze wertmäßig von knapp 300 Mill. DM auf über 400 Mill. DM oder um mehr als ein Drittel (+ 37%). Die Entwicklung der Produktionsmengen läßt sich nur für die industriellen Mühlenbetriebe darstellen. Dabei ergibt sich folgendes Bild: Im Jahre 1956 wurden 228 000 t Mülhenerzeugnisse aller Art industriell hergestellt. 1963 waren es 284 000 t, was einer mengenmäßigen Erhöhung des Ausstoßes um etwa ein Viertel gleichkommt. Von der Gesamtproduktion entfielen sowohl 1956 als auch 1963 mehr als die Hälfte auf Mehl und

Backschrot. Ein weiteres Viertel besteht aus Kleie und Futtermehl, die als Koppelprodukte beim Mahlvorgang weitgehend zwangsläufig anfallen. Unter den Schälmlühlenerzeugnissen dominieren Haferflocken u. a. Produkte aus Hafer. Gerstengrütze und andere Gerstenerzeugnisse spielen keine nennenswerte Rolle; die Produktion war zudem rückläufig.

### Müllerhandwerk und Mühlenindustrie

Stellt man die Zahl der Betriebe in den Vordergrund der Betrachtung, dann sind auch heute noch die handwerklichen Mühlenbetriebe ungleich häufiger vertreten als industrielle Mühlen, obgleich seit 1956 von je drei damals bestehenden handwerklichen Mühlen eine in der Zwischenzeit stillgelegt wurde. Von 484 Mühlen Ende Mai 1956 waren nach 7 Jahren noch 317 in Tätigkeit. Die Stilllegung von Mühlen wurde durch staatliche Zuwendungen gefördert, dabei sollten die vorhandenen Überkapazitäten abgebaut und unrationelle Betriebe ein- oder umgestellt werden. Im industriellen Mühlengewerbe ist die Zahl der Betriebe im gleichen Zeitraum auch zurückgegangen, und zwar von 21 auf 16, die Zahl der Beschäftigten ist aber um etwa 20% gestiegen, während im Müllerhandwerk am 31.5.1963 um gut 20% weniger Beschäftigte vorhanden waren als sieben Jahre früher.

Die handwerklichen Umsätze nahmen um weniger als ein Viertel (+ 23%) von 166 Mill. DM auf 204 Mill. DM zu. In der Mühlenindustrie machte

Produktion der Mühlenindustrie 1956 und 1963

	1956		1963	
	1 000 t	Mill. DM	1 000 t	Mill. DM
Mahlmülhenerzeugnisse	197,7	91,3	240,6	120,3
darunter				
Mehl und Backschrot	139,2	75,9	172,3	101,7
Kleie und Futtermehl	49,8	12,9	65,4	17,3
Schälmlühlenerzeugnisse	29,9	30,3	43,4	52,4
darunter				
Hafererzeugnisse	25,1	27,2	39,1	49,1
Gerstenerzeugnisse	3,1	1,8	2,5	1,5
Insgesamt	227,6	121,6	284,0	172,7

die Umsatzzunahme dagegen 55% aus. Vergleicht man außerdem die Umsatzentwicklung im Müllerhandwerk mit der im Gesamthandwerk, dann zeigt sich noch deutlicher, welchem tiefgreifenden Umstellungsprozeß dieser Handwerkszweig in den vergangenen Jahren unterworfen war; für das gesamte Handwerk ist nämlich nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung mit einer Umsatzzunahme um mehr als 100% von 1956 bis 1963 zu rechnen<sup>1</sup>.

Mühlengewerbe 1956 und 1963

	Betriebe		Beschäftigte		Umsatz (Mill. DM)	
	1956 <sup>1</sup>	1963 <sup>1</sup>	1956 <sup>1</sup>	1963 <sup>1</sup>	1956	1963
Handwerk	484	317	1 744	1 386	166	204
Industrie	21	16	1 015	1 206	131	203
<b>Insgesamt</b>	<b>505</b>	<b>333</b>	<b>2 759</b>	<b>2 592</b>	<b>297</b>	<b>407</b>

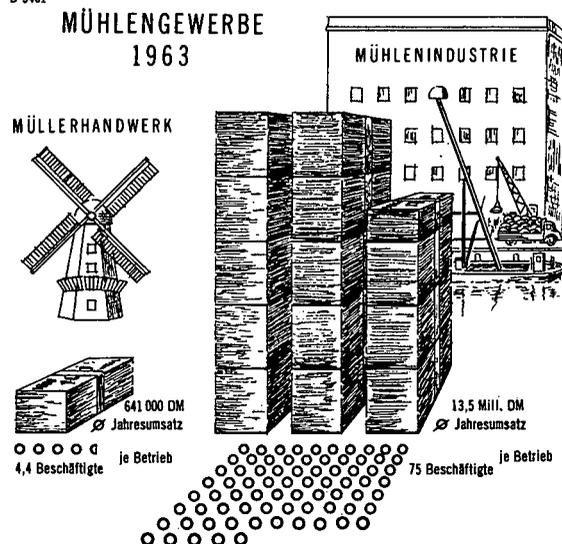
1) jeweils am 31. 5.

Die Umsatzleistung je Beschäftigten im Handwerk belief sich 1956 auf etwa 95 000 DM, 1963 machte sie 147 000 DM aus (+ 55%). In der Industrie lagen die entsprechenden Werte bei 129 000 DM für 1956 und 168 000 DM für 1963, die Steigerungsrate machte 30% aus und war damit merklich niedriger als im Handwerk. Der Unterschied dürfte nicht zuletzt darin begründet sein, daß die Müller im Zuge des bereits erwähnten Umstellungsprozesses stärker zu Handelstätigkeiten übergegangen sind (Futter- und Düngemittel, Brennstoffe etc.) als die industriellen Mühlen.

Die Strukturunterschiede sind noch augenfälliger, wenn man die jährlichen Umsatzleistungen der handwerklichen Mühlenbetriebe denen der industriellen Großmühlen gegenüberstellt: der durchschnittliche Jahresumsatz eines Müllers lag 1956 bei 342 000 DM und 1963 bei 644 000 DM; die Mühlenindustrie kam dagegen auf einen Jahresumsatz von 6,2 Mill. DM (1956) und 12,7 Mill. DM (1963) je Betrieb, das entspricht etwa einem Verhältnis von 1 : 20! Im handwerklichen Mühlengewerbe hat sich der durchschnittliche Jahresumsatz eines Betriebes von 1956 bis 1963 knapp, in der Mühlenindustrie mehr als verdoppelt.

1) Aus erhebungstechnischen Gründen wird in den Handwerkszählungen zwar der Umsatz des Vorjahres (also 1955 bzw. 1962) erfragt, die Beschäftigten aber jeweils nach dem Stande vom 31. Mai ermittelt, so daß, strenggenommen, keine volle Vergleichbarkeit mit der Entwicklung der industriellen Umsätze gegeben ist. Die Unterschiede sind aber so groß, daß die abweichenden Zeiträume die Aussagen nicht wesentlich beeinträchtigen

D-3401



Bei der Beurteilung dieser Entwicklung muß erneut auf die Strukturunterschiede zwischen Mühlenhandwerk und Mühlenindustrie hingewiesen werden: an der gesamten Umsatzleistung der Müller sind die Handelsumsätze mit etwa zwei Dritteln beteiligt, nur ein Drittel des Umsatzes entfällt somit auf die eigentliche handwerkliche Produktion. In der Mühlenindustrie liegt dagegen das Schwergewicht auf der Produktion; etwa neun Zehntel des Umsatzes stammen aus der Herstellung von Mehl usw., die restlichen 10% sind sonstige Umsätze, vorwiegend aus Handelstätigkeit. Bei den Müllern weist überdies der Handelsumsatz steigende Tendenz auf; 1956 waren nämlich Produktions- und Handelstätigkeit, wenn die Umsatzanteile zugrunde gelegt werden, noch ungefähr im Gleichgewicht. Aus dem Übergewicht der Handelstätigkeit bei den Müllern erklärt sich auch, daß der Umsatz je Beschäftigten mit 147 000 DM (1963) nur um rund 20 000 DM niedriger war als in der Mühlenindustrie (168 000 DM).

Abschließend noch einige Bemerkungen zur Entwicklung der durchschnittlichen Betriebsgröße, gemessen an den Beschäftigten:

Der handwerkliche Müller hatte 1956 im Schnitt 3,6 Beschäftigte (einschl. Inhaber), 1963 dagegen 4,4 Beschäftigte; in der Mühlenindustrie hatte der Durchschnittsbetrieb 1956 mehr als das Zehnfache an Beschäftigten, nämlich 48. Bis 1963 stieg dieser Wert um mehr als 50% auf rund 75 Beschäftigte.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

# Die Umsätze der Freien Berufe in Schleswig-Holstein und im Bund 1962

Die Freien Berufe nehmen unter den Umsatzsteuerpflichtigen eine besondere Stellung ein, die schon darin zum Ausdruck kommt, daß sie für ihre freiberuflichen Umsätze - sofern ihr Gesamtumsatz im laufenden Kalenderjahr 120 000 DM nicht übersteigt - einen Steuerfreibetrag von 20 000 DM gegenüber 12 000 DM der übrigen Steuerpflichtigen erhalten. Diese höheren Freibeträge, die den Freien Berufen in ähnlicher Form auch bei der Einkommensteuerveranlagung gewährt werden, stellen jedoch keine Begünstigung dar, sondern sind vielmehr ein Weg, ihre Umsätze mit denen anderer Wirtschaftszweige steuerlich gleichzustellen. Denn die Umsätze aus Dienstleistungen sind wirtschaftlich etwas ganz anderes, als die aus Handel und Produktionen gewonnenen. Die Umsätze der Freien Berufe sind fast ausschließlich Eigenleistungen, während die der Produktion und vor allem die des Handels mehr oder weniger aus Fremdleistungen bestehen. Die Wertschöpfung kann daher bei den Freien Berufen bis zu 90% und mehr ausmachen, im Handel sind es dagegen meist nur wenige Prozen- te und in der Produktion selten über die Hälfte. Die Umsätze der Freien Berufe sind also beinahe mit ihrem Einkommen identisch. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß der Reinertrag der Freien Berufe bis zu zwei Dritteln ihrer Gesamtleistungen ausmachen kann, während es beispielsweise beim Großhandel nur etwa 7% und im Handwerk je nach Höhe seiner Eigenleistungen zwischen einem Zehntel und vier Zehnteln sind.

## Anzahl und Umsätze

Die weitaus größte Anzahl von freiberuflich Tätigen stellte in Schleswig-Holstein das Gesundheitswesen. Auch die von ihm erbrachten Dienstleistungen waren höher als die anderer Gruppen der Freien Berufe. Die Ärzte, die auch den höchsten Gesamtumsatz nachwiesen, waren unter ihnen am stärksten vertreten (1 800). Es folgten die Zahnärzte mit gut 1 000 und mit einer kleineren Anzahl die Tierärzte (250). Den höchsten Durchschnittsumsatz haben jedoch die Tierärzte (72 000 DM). Auf Grund ihrer günstigen Zuwachsrate - 1962 waren es über 15% - konnten sie die Ärzte auf den zweiten Platz verdrängen (71 000 DM). Im Jahre 1956 hatte sich noch ein völlig anderes Bild ergeben; damals lagen die Ärzte mit 40 600 DM vor den Zahnärzten (32 200 DM) und den Tierärzten (32 100 DM) in Führung.

Die Durchschnittsumsätze des freiberuflichen Gesundheitswesens nehmen sich jedoch neben

denen der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater recht bescheiden aus. Die Durchschnittsleistungen dieser Gruppe belaufen sich auf 164 000 DM, waren also mehr als doppelt so hoch wie die der Ärzte. Auch die Durchschnittsumsätze der Architekten und Bauingenieure (99 000 DM) sowie der Rechtsanwälte und Notare (84 000 DM) liegen nicht unbedeutend über den entsprechenden Werten des Gesundheitswesens. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß in allen diesen Bereichen, im Gegensatz zum Gesundheitswesen, Sozietäten und größere Büros häufig vorkommen, der Umsatz je Steuerpflichtigen sich also im Grunde auf mehrere Personen verteilt.

Die weiter anhaltende Baukonjunktur bewirkte, daß die Architekten und Bauingenieure mit über 15% neben den Tierärzten die höchste Zuwachsrate aller Freien Berufe nachwiesen. Bei den Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern war die Entwicklung durchschnittlich (+ 11%) und bei den Rechtsanwälten und Notaren unterdurchschnittlich (+ 9%). Am ungünstigsten schnitten die Ärzte ab (+ 8%), während die Umsatzzunahme der Zahnärzte leicht über dem Durchschnitt lag (+ 13%).

Nur wenige Steuerpflichtige der Freien Berufe müssen den ursprünglichen Steuersatz von 4% für ihre Umsätze entrichten. Wie schon eingangs erwähnt, wird den Freien Berufen, soweit ihr Gesamtumsatz 120 000 DM nicht übersteigt, ein steuerfreier Betrag von 20 000 DM eingeräumt. Von den Steuerpflichtigen im Gesundheitswesen konnten neun Zehntel von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Das sich aus den steuerpflichtigen Umsätzen ergebende Steuersoll der Ärzte verringerte sich um über die Hälfte, das der Zahnärzte um 44% und das der Tierärzte um ein Viertel. Bei den Rechtsanwälten und Notaren machte es ein Fünftel aus, bei den Architekten jedoch nur noch 15% und bei den Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern weniger als ein Zehntel, da die meisten Steuerpflichtigen einen Umsatz von über 120 000 DM hatten. Da die Freien Berufe neben diesen Freibeträgen auch noch steuerfreie Umsätze nachwiesen, ermäßigte sich ihr Durchschnittssteuersatz zum Teil nicht unwesentlich. Auf die Ärzte entfiel der höchste Anteil an steuerfreien Umsätzen. Ihre steuerfreien Leistungen für die Pflichtversicherten der staatlichen Krankenkassen machten fast zwei Drittel ihrer Gesamtumsätze aus. Der Durchschnittssteuersatz der schleswig-holsteinischen Ärzte betrug daher nur 0,6%. Auch die Zahnärzte kommen durch die hohen steuerfreien Leistungen gleicher Art nur auf einen

## Umsatzentwicklung in ausgewählten Freien Berufen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet	
	Steuerpflichtige	Gesamtumsatz				
		insgesamt	je Steuerpflichtigen	Zuwachsrates 1962 : 1961	je Steuerpflichtigen	Zuwachsrates 1962 : 1961
Anzahl	Mill. DM	1 000 DM	in %	1 000 DM	in %	
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	96	16	164	+ 11,1	150	+ 10,4
Architektur-, Bauingenieur-, Vermessungsbüros	540	54	99	+ 15,5	105	+ 13,7
Rechtsanwälte und Notare	426	36	84	+ 9,5	99	+ 7,2
Ärzte	1 817	129	71	+ 8,2	76	+ 8,1
Zahnärzte	1 038	67	64	+ 12,5	64	+ 13,3
Tierärzte	263	19	72	+ 15,3	51	+ 9,6

Quelle für Grundzahlen des Bundesgebietes: Wirtschaft und Statistik 1964, S. 182 (März)

Steuersatz von 1,4%. Beide liegen damit unter dem Durchschnittssteuersatz der schleswig-holsteinischen Wirtschaft (2,2%). Alle übrigen haben einen überdurchschnittlichen Steuersatz. Am relativ günstigsten schneiden darunter noch die Tierärzte (3%) und die Rechtsanwälte und Notare (3,2%) ab, während die Architekten und Bauingenieure (3,4%) sowie die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater (3,6%) sich mehr oder weniger stark dem Höchstsatz von 4% nähern.

Wie in Schleswig-Holstein stellen auch im Bundesgebiet die Ärzte die größte und die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater die geringste Anzahl der steuerlich erfaßten Freien Berufe. Doch ist die Zahl der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater im Bundesgebiet verhältnismäßig viel höher als in Schleswig-Holstein. Ebenso gibt es - auf die Bevölkerung bezogen - im Bundesgebiet mehr Architekten und Bauingenieure als in Schleswig-Holstein. Die Tierärzte sind dagegen in Schleswig-Holstein stärker vertreten als im Bundesgebiet. Das ist eine Nebenwirkung der herausragenden Stellung Schleswig-Holsteins auf dem Gebiete der Viehzucht, des Viehimports und damit zusammenhängend der Großschlachtereien. Die Zahl der Zahnärzte, Ärzte und Rechtsanwälte hält sich etwa im Bundesdurchschnitt.

Die Gegenüberstellung der Durchschnittsumsätze der Freien Berufe in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet zeigt, daß die Rangfolge im wesentlichen gleich ist. Nur ein Unterschied, allerdings ein charakteristischer, tritt auf: Im Bundesgebiet nehmen die Tierärzte die letzte Stelle ein und in Schleswig-Holstein die Zahnärzte. Dadurch verschiebt sich die Reihenfolge unter den Ärzten, die im Bundesgebiet Ärzte, Zahn- und Tierärzte und in Schleswig-Holstein Tierärzte, Ärzte und Zahnärzte lautet. Neben den Tierärzten haben noch die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Schleswig-Holstein einen höheren Durch-

schnittsumsatz als im Bundesgebiet, alle anderen Freien Berufe liegen mehr oder weniger unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Umsatzentwicklung verlief in Schleswig-Holstein durchweg günstiger als im Bundesgebiet. Besonders bei den Tierärzten ragte sie weit über den Bundesdurchschnitt hinaus. Während die schleswig-holsteinischen Tierärzte ihre Dienstleistungen um über 15% ausdehnten, war es im Bundesgebiet nur knapp ein Zehntel gewesen. Auch die schleswig-holsteinischen Architekten und Bauingenieure schnitten mit + 15% besser ab als die des Bundesgebietes (+ 14%). Am ungünstigsten entwickelten sich die Umsätze in Schleswig-Holstein für die Ärzte (+ 8%) und im Bundesgebiet für die Rechtsanwälte und Notare (+ 7%), während sie am jeweils günstigsten für die Architekten und Bauingenieure waren. Die Durchschnittssteuersätze der Freien Berufe Schleswig-Holsteins wichen von denen des Bundesgebietes - bis auf die Tierärzte - nicht oder nur unwesentlich ab. Die schleswig-holsteinischen Tierärzte mußten, da sie häufiger als die des Bundesgebietes über die Freibetragsgrenze von 120 000 DM hinausragten, anstelle von 2,5% einen Steuersatz von 3% entrichten.

#### Umsatzstruktur der Freien Berufe

Wie schon eingangs dargelegt, bestehen die Umsätze der Freien Berufe fast ausschließlich aus Eigenleistungen. Freie Berufe mit Umsätzen über 250 000 DM bilden daher eine Ausnahme. Die meisten erbrachten sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bundesgebiet Dienstleistungen bis 100 000 DM. Die Umsatzanteile sind allerdings - außer denen der Ärzte - in diesem Bereich nicht am größten.

Die im Gesundheitswesen freiberuflich Tätigen konzentrierten sich in den Umsatzgrößklassen zwischen 50 000 DM und 100 000 DM. Jeweils die Hälfte dieser Steuerpflichtigen

Die Umsatzstruktur in ausgewählten Freien Berufen  
in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet im Jahre 1962

Umsatzgrößenklasse von ... DM bis ... DM	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet	
	Steuerpflichtige		Umsatz		Steuerpflichtige	Umsatz
	Anzahl	in %	1 000 DM	in %		
<b>Wirtschaftsprüfer und Steuerberater</b>						
unter 50 000	29	30,2	935	5,9	33,1	7,4
50 000 - 100 000	33	34,4	2 325	14,7	31,9	15,1
100 000 - 250 000	27	28,1	4 670	29,6	25,5	25,5
250 000 und mehr	7	7,3	7 868	49,8	9,5	51,9
<b>Insgesamt</b>	<b>96</b>	<b>100</b>	<b>15 798</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Architektur-, Bauingenieur-, Vermessungsbüros</b>						
unter 50 000	207	38,3	6 655	12,3	40,1	12,6
50 000 - 100 000	166	30,7	12 208	22,6	30,3	20,3
100 000 - 250 000	126	23,3	19 648	36,4	22,5	32,2
250 000 und mehr	41	7,6	15 471	28,7	7,1	34,8
<b>Insgesamt</b>	<b>540</b>	<b>100</b>	<b>53 982</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Rechtsanwälte und Notare</b>						
unter 50 000	151	35,4	5 345	14,9	38,8	13,3
50 000 - 100 000	150	35,2	10 718	29,9	32,2	23,2
100 000 - 250 000	117	27,5	16 655	46,5	22,7	34,3
250 000 und mehr	8	1,9	3 111	8,7	6,2	29,2
<b>Insgesamt</b>	<b>426</b>	<b>100</b>	<b>35 829</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Ärzte</b>						
unter 50 000	565	31,1	20 883	16,1	30,1	14,5
50 000 - 100 000	986	54,3	69 129	53,4	51,6	48,6
100 000 - 250 000	248	13,6	32 751	25,3	17,0	30,4
250 000 und mehr	18	1,0	6 699	5,2	1,3	6,5
<b>Insgesamt</b>	<b>1 817</b>	<b>100</b>	<b>129 462</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Zahnärzte</b>						
unter 50 000	411	39,6	14 582	21,7	41,1	22,9
50 000 - 100 000	485	46,7	34 289	51,0	45,9	50,2
100 000 und mehr	142	13,7	18 381	27,3	13,0	26,9
<b>Insgesamt</b>	<b>1 038</b>	<b>100</b>	<b>67 252</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Tierärzte</b>						
unter 50 000	85	32,3	2 906	15,3	60,0	40,1
50 000 - 100 000	128	48,7	9 275	48,8	34,2	44,9
100 000 und mehr	50	19,0	6 822	35,9	5,8	15,0
<b>Insgesamt</b>	<b>263</b>	<b>100</b>	<b>19 003</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Quelle für Grundzahlen des Bundesgebietes: Wirtschaft und Statistik 1964, S. 171\* (März)

erstellt in diesen Umsatzgrößenklassen auch etwa die Hälfte ihres Umsatzes. Eine Ausnahme bildeten im Bundesgebiet die Tierärzte, die in den Größenklassen bis 50 000 DM weitaus am stärksten vertreten sind. Diese Konzentration in den untersten Größenklassen bewirkte, daß die Tierärzte die einzigen unter den hier ausgewählten schleswig-holsteinischen Freien Berufe sind, die in der obersten Gruppe (100 000 DM und mehr) klar über dem Bundes-

durchschnitt liegen. Fast ein Fünftel der schleswig-holsteinischen Tierärzte erwirtschaftete Umsätze über 100 000 DM, während es im Bundesgebiet nur knapp 6% gewesen sind.

Die Umsatzstruktur ist zwar in den einzelnen Freien Berufen verschieden, im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein jedoch, bis auf die Rechtsanwälte und Notare, jeweils fast gleich. Deren Umsatzstruktur ist in Schleswig-Holstein weniger günstig als im Bundesgebiet: Nur 2% erbrachten im Lande Dienstleistungen über 250 000 DM und einen Umsatzanteil von 9%, während es im Bundesgebiet 6% in dieser Größenklasse gewesen sind mit einem Umsatzanteil von fast drei Zehnteln. Das liegt hauptsächlich daran, daß im Bundesgebiet die Zahl der Sozietäten relativ größer ist als in Schleswig-Holstein. Diese und andere Zusammenschlüsse bewirken unter den Freien Berufen eine unterschiedliche Umsatzstruktur. Bei denjenigen, die mit mehreren zusammen ein Büro oder eine Gesellschaft bilden, treten Konzentrationserscheinungen wie in anderen Wirtschaftsbereichen auf. Dagegen ist bei denen, die als Einzelunternehmer auftreten, eine Umsatzkonzentration auf nur wenige Steuerpflichtige nicht anzutreffen. Unter den Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern sowie den Architekten und Bauingenieuren ist daher die Umsatzballung besonders ausgeprägt. Nicht einmal ein Zehntel der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater befinden sich in den Größenklassen über 250 000 DM; sie erstellten jedoch die Hälfte des gesamten Umsatzes dieses Bereiches. Im Gegensatz dazu sind in der unteren Gruppe (unter 50 000 DM) drei Zehntel (Schleswig-Holstein) und ein Drittel (Bundesgebiet) der Steuerpflichtigen anzutreffen, die aber nur 6% (Schleswig-Holstein) und 7% (Bundesgebiet) des Umsatzes erwirtschafteten. Nicht ganz so stark ist die Konzentration der Architekten und Bauingenieure. Zwar befinden sich auch in der unteren Gruppe (unter 50 000 DM) vier Zehntel der Steuerpflichtigen, sie erbrachten jedoch immerhin ein Achtel der Dienstleistungen. In der oberen Gruppe (über 250 000 DM) wurden von etwa 7% der steuerpflichtigen Architekten und Bauingenieure drei Zehntel (in Schleswig-Holstein) und ein Drittel (im Bundesgebiet) des Umsatzes getätigt.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Umsätze freier Berufe" in Wirtschaft und Statistik 1964, S. 181 (März)

# Kurzberichte

## Schulentlassungen aus allgemeinbildenden Schulen

Von rund 31 100 Jugendlichen, die im Frühjahr 1963 in Schleswig-Holstein aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen entlassen worden sind, hatten 8% das Abitur, 23% einen mittleren Abschluß, 45% Volksschulabschluß und 24% weniger als Volksschulabschluß aufzuweisen. Diese Anteile werden sich auch in den kommenden Jahren infolge der unterschiedlichen Besetzung der Geburtsjahrgänge, zu denen die Entlassenen jeweils gehören, nur um ein bis zwei Punkte verschieben.

Jungen und Mädchen erreichen einen unterschiedlichen Ausbildungsgrad. Es gibt mehr Jungen als Mädchen mit Abitur; es gibt aber auch mehr Jungen als Mädchen, die ohne Volksschulreife ins Erwerbsleben eintreten.

Erreichtes Ziel	Schulentlassene Frühjahr 1963	
	Jungen	Mädchen
	in %	
Weniger als Volksschulabschluß	26	22
Volksschulabschluß	43	47
Mittlerer Abschluß	21	25
Abitur	10	6,5

Im Frühjahr 1963 hatten in Schleswig-Holstein rund 7 500 Jugendliche die allgemeinbildende Schule mit weniger als Volksschulabschluß verlassen; davon waren 56% Jungen und 44% Mädchen. Von diesen Schülern kamen 1 400 aus Sonderschulen oder aus den den Volksschulen angegliederten Sonderschulklassen. Alle anderen, nämlich 6 100, waren Volksschüler, die kein Abschlußzeugnis, sondern nur ein Abgangszeugnis erhalten hatten. Die meisten von ihnen (62%) hatten die Volksschule nach Abschluß der 8. Klasse verlassen, ein großer Teil (26%) kam aus der 7. Klasse.

Rund 14 000 Schüler, die im Frühjahr 1963 die Schule verlassen hatten, konnten den Volksschulabschluß vorweisen. Von diesen Schülern kamen 12 700 aus der 9. Klasse der Volksschule. Mit ihnen gleichzusetzen sind 1 300 Mittel- und höhere Schüler, die ihre Schulausbildung vor-

zeitig abgebrochen hatten. Bei diesen Abgängen hielten sich Jungen und Mädchen zahlenmäßig fast die Waage.

Wie groß tatsächlich der Teil der Schüler ist, der die Volksschule ohne Abschluß verläßt, zeigt folgende Übersicht: Ostern 1963 wurden aus den öffentlichen Volksschulen Schleswig-Holsteins 18 300 Schüler nach erfüllter Schulpflicht entlassen. Von diesen Schülern erhielten 68% das Abschlußzeugnis der Volksschule; fast ein Drittel der Schüler verließ die Schule ohne Abschluß. Während von den Mädchen 70% das Ziel der Volksschule erreichten, waren von den Jungen nur 65% erfolgreich.

Der mittlere Abschluß kann im Rahmen der allgemeinbildenden Schulen an der Mittelschule, am Aufbauzug einer Volksschule oder an einer höheren Schule erworben werden. Von den 7 000 Schülern mit mittlerem Abschluß kamen 1963 65% aus der Mittelschule, 15% aus einem Aufbauzug und 20% aus der höheren Schule. Dabei ist die Zahl der Schüler, die von der höheren Schule noch in den letzten drei Klassen abgehen, erstaunlich hoch. Von 100 Schülern, die 1963 aus einem öffentlichen Gymnasium ohne Abitur entlassen wurden, kamen 21 aus Obersekunda, 13 aus Unterprima und 4 aus Oberprima.

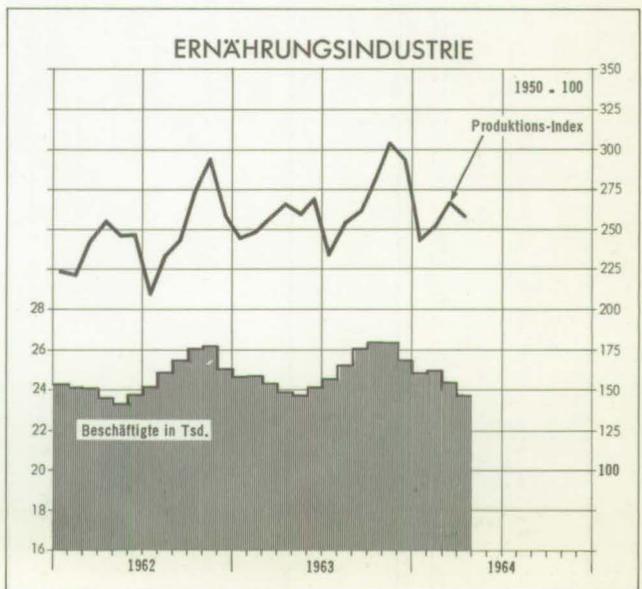
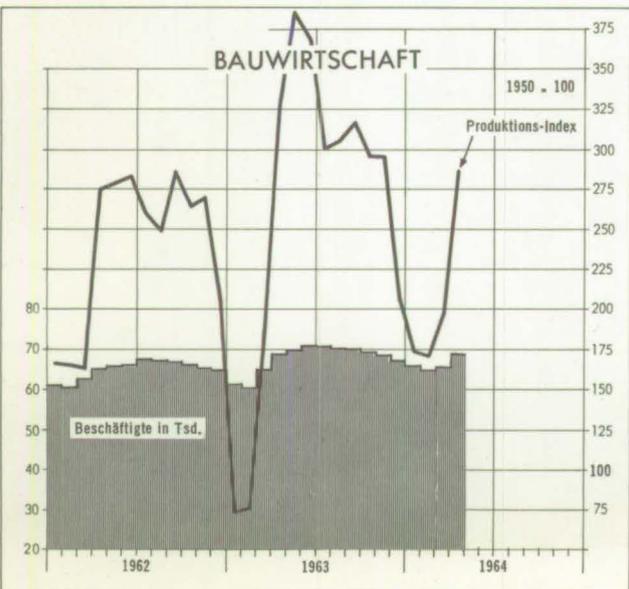
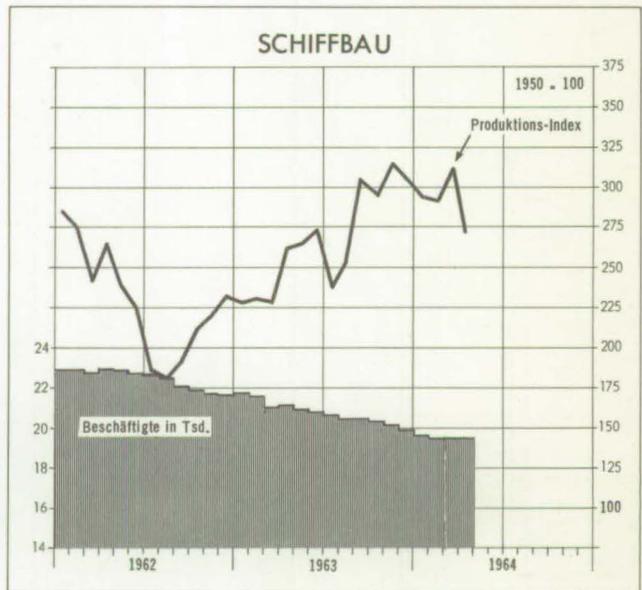
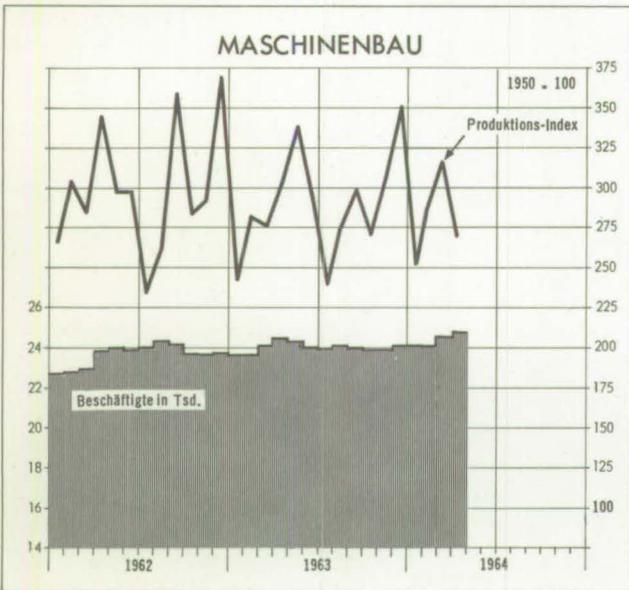
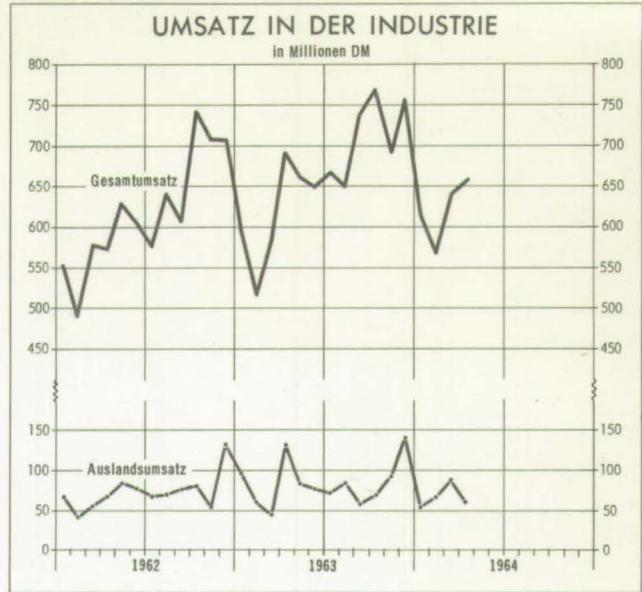
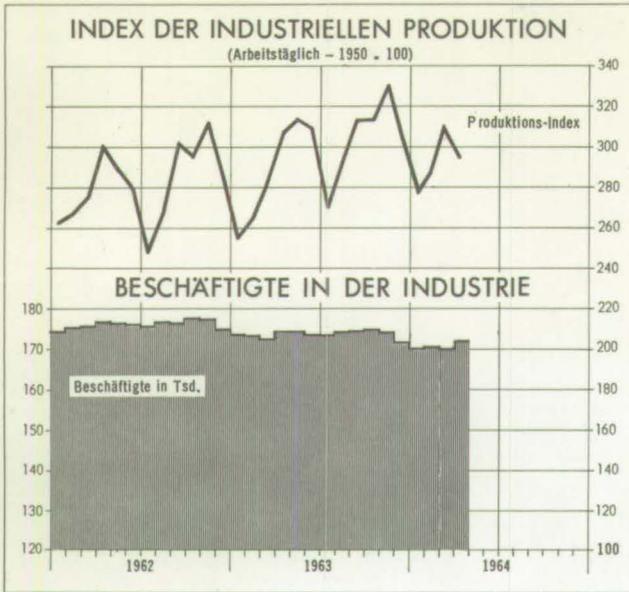
Ostern 1963 hatten 2 617 Schüler das Abitur bestanden; die meisten beabsichtigten zu studieren. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre sind es rund 80% der Abiturienten, die eine Hochschule (einschl. Pädagogische Hochschule) besuchen wollen.

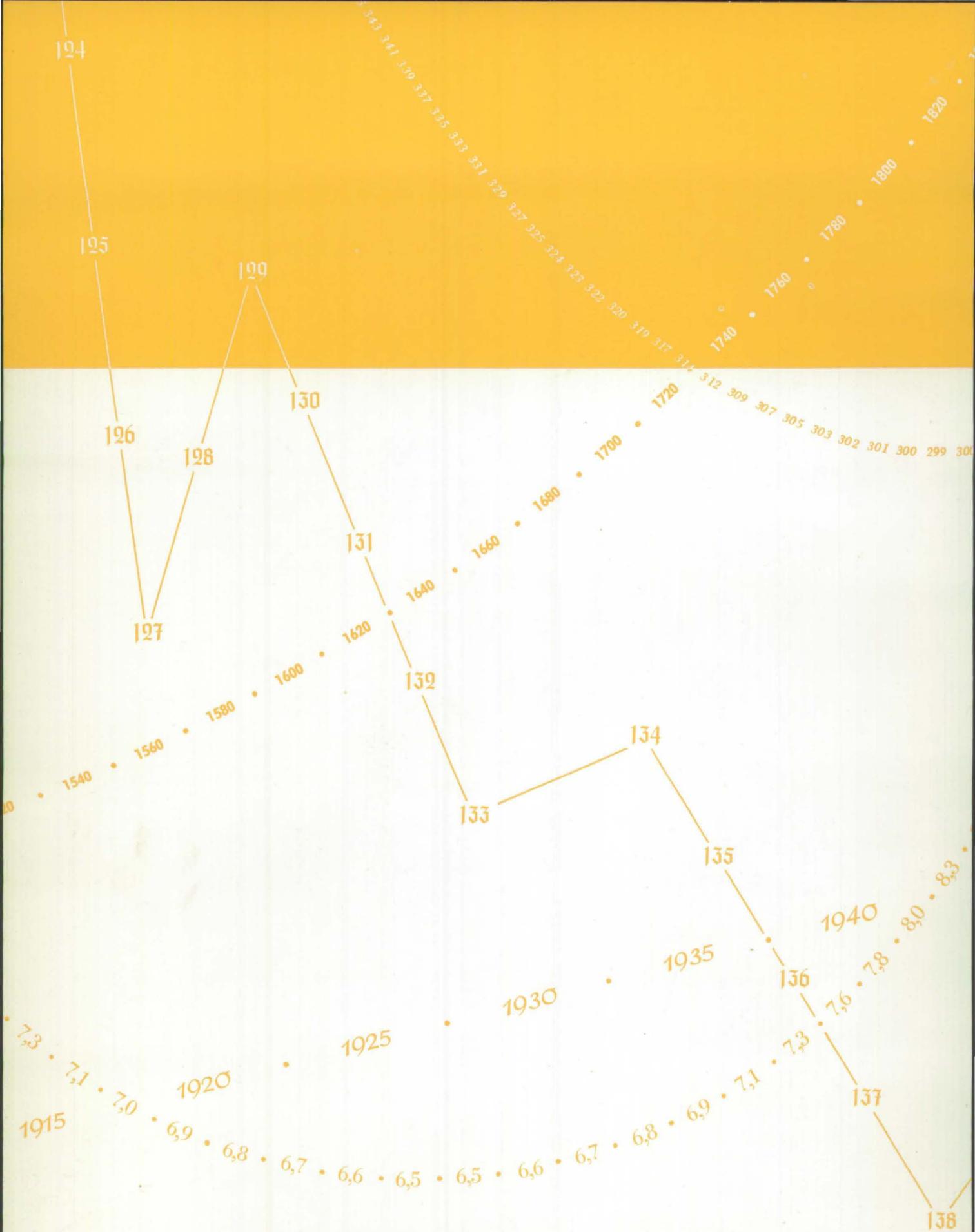
In jedem Jahr werden schätzungsweise 20% der Abiturienten und 80% aller anderen Schulentlassenen unmittelbar in einen Beruf gehen, so daß 1963 von den Entlassenen aus den allgemeinbildenden Schulen Schleswig-Holsteins der Wirtschaft ungefähr 23 000 Berufsanfänger verschiedenen Ausbildungsstandes zur Verfügung standen. Die Schwankungsbreite dieser Zahl wird in den Jahren bis 1970 nicht groß sein und höchstens zwischen 22 000 und 24 000 Berufsanfängern liegen. Als Faustzahl kann ferner gelten, daß rund 10% aller Schüler der allgemeinbildenden Schulen am Ende des Schuljahres entlassen werden.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheyo

# SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geborene und Gestorbene); Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte; Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 3602  
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheya  
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel  
 Bezugspreis Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke, Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen